

§ 1 ö

Bekanntgaben

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Landrat Riegger gibt bekannt, dass der Kreistag in der vergangenen Sitzung im nicht-öffentlichen Teil dem Bauprogramm für neue Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von Flüchtlingen zugestimmt hat. Darüber hinaus habe der Kreistag einen Beschluss zur Besetzung der Leitungsstelle des Dezernats 1 gefasst.

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Zweizügigkeit des WG Nagold

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die SPD-Kreistagsfraktion mit Schreiben vom 16.12.2015 beantragt hat, die Verwaltung möge sich für die Zweizügigkeit des Wirtschaftsgymnasiums Nagold einsetzen. Mit dem Antrag wird sich der Bildungs- und Sozialausschuss in seiner nächsten Sitzung am 15.02.2015 befassen.

§ 2 ö

Aussprache der Fraktionen zum Haushalt 2016

Für die CDU-Kreistagsfraktion nimmt Fraktionsvorsitzender Großmann wie folgt Stellung:

„Sehr verehrter Herr Landrat, sehr verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir kurz, als Ausgangslage das zu Ende gehende Jahr 2015 ins Visier zu nehmen. Das Jahr war geprägt vom Flüchtlingsstrom und den damit verbundenen Themen, die das politische Geschehen im Landkreis Calw erheblich geprägt haben. Mit Blick auf den letzten Quartalsbericht zum Haushalt 2015 kann festgestellt werden, dass der Haushalt in der Spur läuft. Deshalb erwartet die CDU-Fraktion im Jahresergebnis einen positiven Ergebnishaushalts-Überschuss im Vergleich zu den Planzahlen 2015.

Bevor ich mich den Einzelheiten zuwende, möchte ich ein Anliegen meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, was alle in diesen Tagen bewegt. Meine Damen und Herren, trotz des beherrschenden Flüchtlingsthemas haben wir das für uns gesteckte Ziel vorerst erreicht, indem die Flüchtlinge bislang in keinen Turnhallen untergebracht oder Zeltstädte errichtet werden müssen. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes und auch denjenigen in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen bedanken. Hier ist hochprofessionelle Arbeit geleistet worden. Außerdem haben wir im Landkreis eine ausgeprägte Zivilgesellschaft, die sich in zahlreichen Asylarbeitskreisen, deren Akteure allen Generationen angehören, engagieren und uns bei dieser Aufgabe vorbildlich begleiten. Diesen ehrenamtlich Tätigen gilt mein besonderer Dank. Das macht uns Mut für die Zukunft, die Kräfte weiterhin auf diesem Gebiet zu bündeln.

Jetzt zum Haushaltsentwurf 2016. Die Aufgabenlage für 2016 ist klar. Der Flüchtlingsstrom wird sich fortsetzen. Im Finanzhaushalt sind 17 Mio. Euro veranschlagt, um die Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften unterbringen zu können. Im Jahr 2016 wird

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

uns das Thema der Anschlussunterbringung aber noch massiver beschäftigen. Das ist eine äußerst komplexe Aufgabe, die sich noch mehr auf die kommunale Ebene der Städte und Gemeinden verschieben wird.

Das Stichwort lautet „Integration“. Die CDU-Kreistagsfraktion regt an, einen Pakt für die Integration zu schließen. Hierzu könnte ein ähnliches Modell wie bei der Gesundheitskonferenz herangezogen werden. Alle Akteure dieser komplexen Aufgabe sollen an einen Tisch gebracht werden. So gilt es im Bereich der Arbeit zu klären, wer eine Unternehmer-Initiative auf den Weg bringt oder wer die Vergabe von Praktikums- und Ausbildungsplätzen steuert. Auch beim Bereich Wohnen müssen Investoren, Bauträger und Wohnungsbaugesellschaften gefunden werden, die sich des Themas annehmen. In diesem Zusammenhang hoffen und glauben wir, dass das Land seiner Verantwortung des sozialen Wohnungsbaus im weitesten Sinne gerecht werden wird. Hierzu erwarten wir in den nächsten Monaten entscheidende Weichenstellungen. Auch der Bereich Bildung und Betreuung gehört zur Integration und dabei insbesondere der Spracherwerb. 70 % der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sind unter 30 Jahre alt. Es wird sich lohnen, sich diesen volatilen Aufgaben engagiert und bewusst zu stellen. Das Ziel des Pakts der Integration muss sein, dass wir eine abgestimmte Vorgehensweise haben, um die Initiativen anzustoßen. Das Landratsamt ist die richtige Behörde, das gemeinsame Handeln anzustoßen.

Eine solche gemeinsame abgestimmte Strategie ist auch aus finanzieller Sicht geboten. Das gilt zum einen für die Erstaufnahmeeinrichtungen. Die CDU-Kreistagsfraktion geht davon aus, dass die Unterbringungs- und Betreuungskosten für Flüchtlinge in den ersten 17 oder 18 Monaten durch Bundes- und Landesmittel abgesichert sind. Die Kosten der Anschlussunterbringung bleiben jedoch als finanzielles Risiko der Städte und Gemeinden erhalten. Die klare Botschaft der CDU-Kreistagsfraktion lautet hierzu: Wir wollen und können die Städte und Gemeinden bei diesem Themenbereich nicht im Regen stehen lassen. Die Themen kommen jetzt auch bei den Haushaltsberatungen auf kommunaler Ebene an.

Vor diesem Hintergrund rückt auch das zentrale Finanzierungsinstrument für den Landkreishaushalt - der Kreisumlagehebesatz - ganz klar ins Visier. Für die CDU-Kreistagsfraktion ist klar, dass dem ursprünglichen Hebesatz von 33,4 % nicht zugestimmt wird. Wir halten eine Absenkung auf 32,6 % - wie sie der VWA empfohlen hat - für notwendig und richtig. Diese Absenkung ist verkraftbar, die Korrektur nach unten ist auch notwendig. Denn in diesen Tagen ist die Solidarität mit den Städten und Gemeinden angesichts der von mir skizzierten Aufgaben auch geboten. Mit dieser Absenkung stellen wir im Übrigen keinen Ausreißer dar, da die Nachbarlandkreise Böblingen und Freudenstadt ebenfalls ihre Hebesätze senken. Das hat eine strenge Ausgabendisziplin im Ergebnishaushalt zur Folge. Das hat die Landkreisverwaltung in den vergangenen Monaten bereits bewiesen, dass dies machbar und möglich ist. Dafür, sehr verehrter Herr Landrat und liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts, loben wir sie ausdrücklich.

Am Horizont zeichnet sich eine neue Aufgabe ab. Wir wissen, dass der Personalaufwand in der Landkreisverwaltung steigt und die Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt an seine Grenzen stößt. Die CDU-Kreistagsfraktion verlangt an der Stelle ein dezentrales Konzept als echte Alternative zur zentralen Unterbringung. Diese Konzeption sollte ernsthaft geprüft werden. Die Verlagerung bestimmter Aufgabenbereiche in den Landkreis hinein kann auch eine Chance für einen

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

strukturellen Beitrag zur Weiterentwicklung des Landkreises darstellen. Am Ende des Tages wollen wir darüber entscheiden, ob ein solch dezentrales Konzept unter Ablauf- und Kostengesichtspunkten nicht doch der bessere Weg sein könnte.

2016 wird nochmals das Jahr der Infrastrukturaufgaben. An der Stelle sind wir, meine Damen und Herren, sehr gut unterwegs. Zum Thema Mobilität:

1. Die Grundsatzerklärung des Landes zur Hermann-Hesse-Bahn liegt vor. Das ist ausgezeichnet. Die erforderlichen Planverfahren laufen. Der Abstimmungsprozess mit den Anliegergemeinden ist ebenso auf einem guten Weg. Aber jetzt kommt eines hinzu: Die Rahmenbedingungen für dieses Jahrhundertprojekt unserer Region haben sich erheblich verbessert.
 - GVFG ist über 2019 hinaus verlängert worden.
 - Das Landes-GVFG ist abgeändert worden. Es ist jetzt in Ausnahmefällen sogar eine Förderquote von bis zu 75 % möglich.
 - Der Bund hat seine Regionalisierungsmittel insgesamt erhöht und davon profitiert Baden-Württemberg ebenso.

Die CDU-Kreistagsfraktion fordert deshalb, dass der Landkreis über den GVFG-Antrag mehr als die 50 % Fördermittel beantragen bzw. wenigstens der Kostendeckel entfallen sollte. Dann hätten nicht nur der Landkreis und die Städte und Gemeinden das Kostensteigerungsrisiko zu tragen. Darüber hinaus sollte ausgelotet werden, ob wir für die Hermann-Hesse-Bahn in den Genuss von Regionalisierungsmitteln kommen können. Das würde den Landkreis und die Anliegerkommunen zusätzlich entlasten. Wir stehen hinter der Hermann-Hesse-Bahn. Wir wollen, dass sie bald fährt, aber wir wollen Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

2. Der Schienenpersonennahverkehr hat auch noch einen zweiten Teil, den südlichen Landkreis. Sie wissen, das Projekt Interim plus ist leider aus vertraglichen Gründen gescheitert. Aber das Land hat mit der Metropolexpress-Strategie den richtigen Ansatz. Wie sie wissen, verzeichnet Stuttgart bundesweit die höchste Feinstaubbelastung. Deshalb muss die Region Stuttgart ein großes Interesse daran haben, dass der Verkehr in die Region mehr über die Schiene abgewickelt wird als über den Individualverkehr. Die CDU-Kreistagsfraktion fordert, dass sich der Landkreis an der angestrebten Zielvereinbarung mit dem Land beteiligt, indem die Kultur- und Gäubahn über ein Flügelkonzept intelligent verknüpft wird, dass auch der Süden des Landkreises eine direkte Anbindung an die Region Stuttgart bekommen könnte.
3. Bus-ÖPNV: Wir begrüßen die geplante Ausweitung des VVS-Tarifgebiets auf die Schnellbuslinie Altensteig – Nagold – Herrenberg. Wir freuen uns auch über die Bewilligung der Metropolexpressbuslinie Weil der Stadt – Calw. Offen ist noch eine Entscheidung für die Expressbuslinie Herrenberg – Nagold (- Altensteig). Diese Themen gehen grundsätzlich in die richtige Richtung.

Und die Centro-Idee? Wir wollen, dass Centro noch nicht untergeht. Wir glauben, dass der Centro eine sinnvolle Alternative zu starren Stundentakten sein kann. Der Centro sollte zu einem Modellprojekt entwickelt werden, für das Landesfördermittel beantragt werden. Der Centro ist im Landkreis Calw angekommen. Das Angebot wird von den Fahrgästen akzeptiert.

Zur Breitbandversorgung kann heute erfreulich in der Zeitung gelesen werden, dass Sie, Herr Landrat, den ersten Förderbescheid in Berlin entgegen genom-

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

men haben. Wir begrüßen, dass wir gleich beim neuen Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau dabei sind. Jetzt brauchen wir eine Konzeptplanung für den gesamten Landkreis aus einem Guss auf der Basis von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den entsprechenden Städten und Gemeinden. Wir brauchen dazu keinen Zweckverband. Jetzt gilt es Tempo zu machen, da es auf das Bundesförderprogramm einen „run“ aus ganz Deutschland gibt.

Nun zu einem weiteren Mobilitätsthema, dem Straßenausbau. Die L 353 geht jetzt doch noch rechtzeitig an den Start. Das Ärgernis der angekündigten Herabstufung der B 28 werden wir nachher noch auf der Tagesordnung haben, so dass ich mir hierzu die Ausführungen erspare.

Die CDU-Kreistagsfraktion fordert die Aufnahme in das LGVFG-Programm für die Ortsdurchfahrt Aichelberg (K4366) und den Ausbau der K 4300 zwischen Gechingen und Sieben Tannen.

Zur Infrastruktur gehört neben der Mobilität auch das Medizinkonzept Szenario 3plus:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben seit Jahren eine zweistufige Strategie verfolgt. Die erste Strategie war, zunächst einmal überhaupt ein Medizinkonzept zu haben. Das haben wir geschafft. Dieses Ziel ist erreicht. Die CDU-Fraktion steht hinter 3plus. Wir befassen uns heute mit der Fortsetzung. Die Themen sind richtig gesetzt und die Planungen kommen auch in die Gänge. Das begrüßen wir sehr. Aber das parallele Vorgehen, bis dieses Medizinkonzept (Schwerpunktlinik Nagold und Neubau in Calw) greift, sollten wir das ehrgeizige Ziel vor Augen nehmen, die Verlustausgleiche runter zu fahren. Das ist in 2014 auch mit einem Abschluss von minus 3,4 Mio. Euro gelungen. Es stand schon in unseren Unterlagen, dass wir auch 2016 eine schwarze Null erreichen können. Aber wir müssen feststellen, dass in 2015 der Plan 5,6 Mio. Euro Verluste vorsieht. Es kommt noch schlimmer: Zwischen 2016 und 2019 liegt der Verlustausgleich wahrscheinlich im Bereich zwischen fünf und sechs Millionen Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Kreistagsfraktion wird diese Zahlen nicht einfach hinnehmen und wird sich nicht einfach damit abfinden, dass wir auf diesem hohen Niveau, bis unser Medizinkonzept umgesetzt ist, dieses Thema durchtragen können. Wir fordern alle auf, dass wir uns im neuen Jahr nochmals klare Ziele setzen und auch die Geschäftsführung auffordern, einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, mit dem es uns gelingen kann, von dem Delta zwischen fünf und sechs Millionen Euro herunter zu kommen. Allein durch das Verlustausgleichsrisiko der nächsten Jahre könnte uns sonst bis zur Umsetzung des Medizinkonzepts die Luft ausgehen.

Nun zum Thema der Eigenbetriebe. Die Abfallwirtschaft läuft aus unserer Sicht in der Spur. Die zweistufige Gebührenanpassung halten wir für richtig und wegen der Depo-niefolgekosten für unvermeidbar. Allerdings fordern wir die Verwaltung auf, das Restmüllheizkraftwerk Böblingen nicht aus den Augen zu verlieren. Denn auch von dort droht ein Kostensteigerungsrisiko.

Damit komme ich zum Bereich Umwelt. Die CDU-Kreistagsfraktion trägt die Idee des Klimaschutzmanagers mit, zumindest für die Dauer von drei Jahren. Allerdings unter der Voraussetzung, dass wir die Kostendeckung für diese Personalstelle erreichen können.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Für den Bereich Tourismus kann heute bilanziert werden, dass das Marketingkonzept mit der Gründung der Tourismus GmbH grundsätzlich aufgegangen ist. Die Erwartungen sind eingetroffen. Auf dieser Basis muss jetzt ein regionales Entwicklungskonzept für den Tourismus erarbeitet werden. Als zweiter Schritt ist ein gemeinsames aufeinander abgestimmtes Handeln aller Akteure erforderlich, damit wir den Tourismuslandkreis Calw weiter in eine gute Zukunft führen können.

Unterm Strich, die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushaltsplan 2016 zu unter der Maßgabe des Kreisumlagehebesatzes von 32,6 % einschließlich der Haushaltspläne aller Eigenbetriebe. Ich danke allen für ihre geschätzte Aufmerksamkeit.“

Für die Kreistagsfraktion Freie Wählervereinigung nimmt Fraktionsvorsitzender Schuler wie folgt Stellung:

„Der Haushalt 2016 ist schwierig und leicht zugleich. Schwierig, weil die Flüchtlingskrise uns neue Aufgaben und Risiken schafft. Leicht, weil die Flüchtlingskrise alles andere überlagert und für neue und zusätzliche Aufgaben wenig Zeit, Geld und Personal bleibt. Das heißt aber auch, dass wir an den bisherigen Aufgaben noch genug zu tun haben und diese Berge noch lange nicht vollständig abgetragen sind.

Wir denken dabei an die Kliniken, Breitbandinfrastruktur, Hermann-Hesse-Bahn, ÖPNV, Klimaschutz und Sozialleistungen. Aufgaben, welche weiterhin unserer Anstrengungen bedürfen und lange nicht fertig abgearbeitet sind.

Beginnen wir aber mit dem, was den Bürger vordergründig am wenigsten interessiert und sich aber dennoch durch alle Projekte und Aufgaben zieht:

Die Finanzierung und die damit verbundene Festlegung der Kreisumlage. Der Ansatz der Kreisverwaltung mit dem gleichen Satz und der gleichen Summe ins Rennen zu gehen war an sich nicht schlecht. Wir begrüßen auch, dass die hohe Schuldenaufnahme zumindest theoretisch so gestaltet ist, dass durch die pauschalierten Mietzahlungen und Abschreibungen eine Rückführung möglich ist. Dies ermöglicht den Freien Wählern dieser Finanzierung zuzustimmen. Wir sehen aber auch die Risiken, dass diese Einnahmen über den gesamten Abschreibungszeitraum fließen müssen.

Dennoch haben wir uns erlaubt, die Kreisverwaltung zu bitten, die Kreisumlage geringer – und zwar auf 32,6 Prozentpunkte - festzusetzen. Dies meinen wir ist machbar und umsetzbar.

Es gibt verschiedene Gründe:

Die Rechnungsergebnisse 2014 auf 2015 zeigen, dass wir doch sehr gute Überschüsse erwirtschaften. Wir erhalten 2016 die mit Abstand höchsten Steuerumlageeinnahmen in der Geschichte und wir erwarten, dass der Bund die Ausgaben in der Flüchtlingssituation entsprechend des Konnexitätsprinzips ausgleicht. Die fünf Millionen Euro, die der Landkreis aktuell im Haushalt 2016 eingestellt hat, müssen nach unserer Meinung durch den Bund gedeckt werden. Auch Anschlussunterbringung hat unmittelbar mit der Flüchtlingsunterbringung zu tun. Somit sehen wir auch hier die Zuständigkeit beim Bund, diese Kosten auszugleichen und darauf hoffen wir.

Nicht akzeptieren können wir die mittelfristige Finanzplanung. Dort werden Steigerungsraten prognostiziert, welche für die Kreiskommunen nicht hinnehmbar sind. Bei 75 Millionen Kreisumlage wird es für die Gemeinden mehr als schwierig.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Beim Thema Flüchtlinge möchte ich mich zunächst einmal bei allen ehrenamtlichen Helfern, den Mitarbeitern der Landkreisverwaltung mit Landrat Riegger an der Spitze bedanken. Sie machen einen richtig guten Job unter schwierigsten räumlichen und zeitlichen Bedingungen, unter Voraussetzungen, welche teilweise chaotisch sind und in einer Kooperation mit den Kreisgemeinden, welche vorbildlich ist.

Um dieses Niveau weiter zu halten, müssen angemessene Arbeitsplätze für die vielen neuen Mitarbeiter eingerichtet werden. Im Zeitalter der modernen Kommunikation können Teile der Landkreisverwaltung auch dezentral in Bestandsgebäuden eingerichtet werden. Wir bitten dies auf jeden Fall zu prüfen.

Es steht für uns außer Frage, dass wir allen Menschen, die zu uns kommen, helfen und menschenwürdig unterbringen. Es steht für uns aber auch außer Frage, dass es zunehmend noch schwieriger sein wird, weil die akzeptierten Standorte für Sammelunterkünfte weniger werden und die kommende Integrationsphase neue Themen und Herausforderungen aufweist.

Und wir werden, wenn die Zuweisung so weitergeht, an unsere Grenzen kommen, weil wir in der Kürze der Zeit und der Menge der Menschen logistisch und organisatorisch immer weniger qualitätsvolle Lösungen anbieten können. Und weniger qualitätsvolle Lösungen werden Ausfluss auf die Akzeptanz in der Bevölkerung haben.

Die Bundesregierung scheint nicht begriffen zu haben, wo die Frage entschieden wird, ob die Aufgabe gelingen wird. Für die Antwort auf diese Frage braucht man aber kein Prophet zu sein.

Schon Hermann-Schmitt-Vockenhausen hat erkannt und erklärt: „Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

Wir brauchen mehr Zeit und mehr Geld und ein Konzept für mehr Wohnungen in der Zukunft. Gerade die zweite Phase der Integration wird weitaus schwieriger und aufwendiger. Es wird eine lange Vorlaufzeit benötigen, bis diese Menschen selbständig werden können. Und wir brauchen dringend Wohnungen im sozialen Wohnungsbau für alle. Diese Wohnungen werden nicht von alleine entstehen.

Das Jahr 2016 ist in dieser Hinsicht für den Landkreis Calw nur der Beginn einer schwierigen und komplexen Aufgabe über Jahre hinweg. Ich denke, das ist uns allen klar.

Vorausschauen und Vorausdenken sollten wir auch beim Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Wir sind eine - mein – deine Welt. 30.000 Euro für den Klimaschutzmanager sind wahrlich kein zu hoher Betrag für einen Landkreis und diese wichtige Aufgabe. Natürlich werden wir damit nicht die Welt retten. Aber alles fängt im Kleinen an und jeder muss und kann wo es geht seinen Beitrag leisten.

Wir dürfen nicht warten, bis die ersten Inseln im Meer versinken und weitere Völkerwanderungen auslösen, weil Gebiete unbewohnbar werden. Zudem generiert Nachhaltigkeit die Wertschöpfung in und aus der Region und hat deshalb auch eine stark wirtschaftliche Komponente.

Wenn wir Freien Wähler von Straßen sprechen, sprechen wir von Autobahnen. Darunter machen wir es nicht – und zwar Datenautobahnen. Die Digitalisierung ist die Chance des ländlichen Raums – wenn wir erstklassige Verbindungen haben.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Wir begrüßen die Initiative des Landkreises und erwarten, dass das Projekt Breitband energisch und zügig vorangetrieben wird. Von ihnen hängt die Entwicklung unseres Landkreises wesentlich ab. Zusammen mit den Kommunen müssen wir eines der leistungsfähigsten Netze in Baden-Württemberg aufbauen – und vielleicht gelingt uns auch, die Funklöcher in unserem Mobilfunknetz zu beseitigen. Der aktuelle Zustand ist keine Werbung für unseren Landkreis, sondern gehört eher in die Rubrik „Hinter den Bergen – bei den sieben Zwergen“.

Das zweite wichtige Infrastrukturprojekt für unseren Landkreis ist die öffentliche Mobilität. Hier sind wir bei der HHB wesentlich vorangekommen und darüber sind wir sehr froh. Auch wenn noch einzelne Detailfragen zu klären, lösen sich die Nebel im Tunnel auf und auch im Landkreis Böblingen scheint sich die Erkenntnis über die Vorteile der HHB für beide Seiten durchzusetzen. Ein großes Lob gebührt Landrat Riegger, dem selbsternannten „Kofi Annan“ des Nordschwarzwaldes und der gesamten Nahverkehrsabteilung unter der Leitung von Herrn Stierle. Die Rückendeckung durch das Ministerium, die verbesserte Atmosphäre, die gezielten Lösungsvorschläge waren der Grund für den Durchbruch 2015.

Die öffentliche Mobilität besteht jedoch nur zu einem Teil aus der HHB. Mindestens genauso wichtig sind die Busverkehre in der Region und nach außen. Mit dem Schnellbus von Altensteig nach Herrenberg wurde ein Zeichen gesetzt, wie guter ÖPNV außerhalb der Schiene aussehen kann. Für die Verkehrsinfrastruktur arbeiten wir im Landkreis intensiv an einem neuen Nahverkehrsplan. Leider hat sich der Centro in dieser Form vorerst selbst aufs Abstellgleis gesetzt. Mit einem Zuschussbedarf von 20 Euro pro Ticket und einer ökologischen Minusbilanz ist das System in dieser Variante nicht tauglich. Wir wünschen uns aber weiterhin ein flexibles Rufsystem für die Fläche analog der Centro-Idee als qualitative Verbesserung der Mobilität in der Fläche.

Die öffentliche Mobilität spielt im Zeitalter der demografischen Entwicklung und nachlassender Infrastruktur auf dem Land wie z.B. bei der Arztversorgung eine immer stärkere Rolle. Deshalb begrüßen wir auch die Einrichtung von Bürgerbusprojekten der Kommune als Serviceangebot für die Bevölkerung.

Mit einem Volumen von fast 100 Millionen Euro ist der Sozialetat mit Abstand der stärkste Einzeletat im Haushalt 2016. 100 Millionen allein im Landkreis Calw, plus 3,5 Millionen Euro gegenüber 2015 – das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

Einerseits macht es uns stolz, dass wir so viele Mittel für Bedürftige und die soziale Unterstützung unserer Bevölkerung einsetzen können und auf welchem Niveau wir uns bewegen.

Andererseits werden wir sehr nachdenklich, wenn wir erkennen, dass selbst in Zeiten der Hochkonjunktur die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften weiter ansteigt. Dies ist indiskutabel und muss zusammen mit der zuständigen Agentur für Arbeit korrigiert werden. Die Unterstützung der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung und Behebung sozialer Missstände unserer Gesellschaft soll ja gerade KEIN Dauerzustand sein, sondern Perspektiven für die Eigenentwicklung aufzeigen.

Ruhig geworden ist es bei den Kliniken. Mit der Grundsatzentscheidung für die Sanierung Nagold und den Neubau – möglichst mit Reha-Zentrum – in Calw treten wir 2016 in die Umsetzungsphase. Aber so richtig zufrieden sind wir nicht. In Anbetracht

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

der „ambitionierten Zielsetzung“ bei der betriebswirtschaftlichen Kalkulation und Plausibilisierung des Risse-Gutachtens sehen wir große Risiken auf unserem Weg.

15 % mehr Patienten und 10 % höhere Case-Mix-Punkte als Voraussetzung für das gewünschte Ergebnis schon jetzt vor dem eigentlichen Start sind schon ein starker Ballast auf einem Hindernis-Parcours, der erst jetzt beginnt und noch so manche ungeplante Hürde mit sich bringen wird. Da beruhigt auch das „Wir schaffen das“ der Geschäftsführerin nicht wirklich. Manchmal hat man den Eindruck, dass die Fakten mehr vom Wunsch als von der Wirklichkeit getragen werden.

Sie, Herr Landrat, haben hier im Landratsamt einen großen Schatz.

Ich meine nicht Gold und Silber. Nein, auch nicht die Kreisumlage, welche mancher vermutet. Nein, ich meine Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Sie sind diejenigen, die den Landkreis tragen, täglich die Arbeit verrichten, unsere Beschlüsse umsetzen und mit der Bevölkerung in direktem Kontakt stehen. Und dies in sehr hohem Maße engagiert, kompetent und verlässlich. Dafür möchte ich mich im Namen der Freien Wähler bedanken.

Natürlich auch bei Ihnen und dem „inner-circle“ um den Landrat. Gerade in dieser schwierigen Zeit zeigt sich der Zusammenhalt und Charakter eines Teams. Ich meine, Sie haben die Probe bestanden.

Herzlichen Dank und frohe Weihnachten Ihnen und uns allen.“

Für die SPD-Kreistagsfraktion nimmt Fraktionsvorsitzender Dr. Prewo wie folgt Stellung:

Herr Landrat Riegger, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

im nun zu Ende gehenden Jahr war unser Kreis, vor allem die Kreisverwaltung, schwer gefordert, um für Asylsuchende, die nach gefährlicher, oft lebensgefährlicher Flucht nach Deutschland und in unseren Kreis kamen, menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen. Der Kreis – und das soll vorneweg stehen – und mit ihm die Gemeinden, hat diese Aufgabe vorzüglich erfüllt und bewiesen, dass er es kann. Wir Kreisträte, die Bürgerinnen und Bürger, die ehrenamtlichen Helfer, nicht zuletzt die Flüchtlinge, die hier gut behandelt werden, haben in der Kreisverwaltung einen guten Partner, dem Respekt gezollt wird und der für die fortdauernde Herausforderung im Jahr 2016, für das wir heute den Haushalt beschließen, volles Vertrauen genießt. Denn die Herausforderungen werden nicht so schnell nachlassen. Selbst im besten Fall, wenn Kriege und Terror v.a. im nahen und mittleren Osten eingedämmt werden können, wird die weitere Integration der Flüchtlinge unsere ganze Kraft verlangen.

Wir wissen nicht, ob und wann es gelingt, die Ursachen der schlimmsten Massenflucht seit dem zweiten Weltkrieg zu entschärfen. Wir wissen leider auch nicht, ob es der europäischen Politik bald gelingt, Zuwanderer ohne triftigen Asylgrund an den EU-Außengrenzen zurückzuhalten, und wir können nur hoffen, dass der Bund sie durch schnelle Prüfungsverfahren prompt zurückzuführt, so dass dieser Anteil, und mit ihm die Wanderungsgründe abnehmen. Hier muss die Politik jetzt wirklich liefern.

Was wir aber wissen, ist: Dass Menschen, die durch Terror und Bürgerkriege und auch durch Armut aus ihrer Heimat vertrieben werden, bevor sie sich selbst aufgeben und

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

an den Lebenschancen ihrer Kinder vollends verzweifeln, den Weg nach Europa suchen. Und wir in Deutschland werden sie aufnehmen. Darin sehe ich die Quintessenz der Botschaften der Bundeskanzlerin, und das kann, nach unseren Werten und unserer Verfassung nicht anders sein. Es wirft ja auch – das wird man am Rande immerhin erwähnen dürfen – ein großes Licht auf unser starkes Land, dass es zu einem so ersehnten Ziel geworden ist. Doch wir müssen steuern.

Was wir auch wissen, ist, dass wir die Flüchtlinge, die hier bleiben, integrieren müssen, dazu gehört auch, ihnen klar zu machen, dass sie dazu erheblich beitragen müssen. Und wir wissen: Wir werden das schaffen. Denn es ist notwendig, und wir haben die Kraft dafür.

Diesen Geist zeigen ja auch die Bürgerinnen und Bürger, von denen sich viele ehrenamtlich engagieren, auch Schulen, die Sprachunterricht anbieten oder sich darauf vorbereiten, Unternehmen, die zusätzliche Ausbildungsplätze für jugendliche Flüchtlinge anbieten. Das alles gereicht dem Kreis Calw zur Ehre.

Zugleich können wir uns auf die Zusage des Landes verlassen, das den Gemeinden weit entgegen gekommen ist: Nach der Bund-Länder-Vereinbarung über die Aufstockung der Bundesmittel hat die Landesregierung versprochen, dass die Kreise die Unterbringungskosten spitz abrechnen können und in voller Höhe erstattet bekommen. Das gab es früher nie, und nicht alle Bundesländer haben ihren Gemeinden diese Zusage gegeben.

Meine Damen und Herren, Wohnungsbau wird jetzt zu einer Aufgabe. Das Land, bisher mit den Verlustszenarien des demographischen Wandels, besonders der ländlichen Räume, beschäftigt, muss sich mit Wachstum beschäftigen. Nicht nur für Flüchtlinge, für alle, die in der mobilen Gesellschaft eine Wohnung suchen, und das vorhandene Angebot nicht ausreicht. Das ist auch im Kreis Calw in einigen Gemeinden schon ganz massiv der Fall, wobei es vor allem an bezahlbaren Mietwohnungen mangelt. Ich darf an dieser Stelle auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion verweisen, wobei die Anhörung Kreisbau leider ernüchternd ausgefallen ist. Die Bundesregierung hat jetzt ein großes Förderprogramm für den Mietwohnungsbau. Gefordert sind hier neben der Wohnungswirtschaft vor allem die Gemeinden mit der Ausweisung von Flächen und der Bauleitplanung, ohne die Investoren wenig machen können. Auch der Kreis sollte klären, ob er wohnungswirtschaftlich aktiv werden kann, sei es durch Gründung eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens (denn das ist die „Kreisbau“ seit den 80er Jahren nicht mehr), das bauen, aber auch kaufen oder anmieten kann. Eventuell auch zusammen mit den Kommunen. Vielleicht liegt hier auch eine Anregung im Hinblick auf die Anschlussunterbringung für Flüchtlinge, von der wir wissen, dass das Angebot gebraucht wird, aber noch nicht, in welchem Umfang.

Generell wäre es ja töricht, ja fahrlässig, wenn Kreis und Kreisgemeinden sehenden Auges zuschauen, wie Wohnungssuchende gezwungenermaßen sich außerhalb des Kreises niederlassen. Sollen wir uns über steigende Nachfrage nicht freuen? Es muss aber das richtige Angebot sein, bezahlbar. Hier tun sich Chancen für den Kreis auf.

Ein weiterer Gedanke, der keineswegs zu kühn ist: Wie wäre es, wenn in unseren Dörfern mit heute chronisch geringer Nachfrage das eine oder andere leer stehende Haus so bewohnbar gemacht wird, dass, sagen wir, eine syrische Familie dort einziehen und die weitere Renovierung selbst in die Hand nehmen kann? Unsere Dörfer sind vorzügliche Integrationsgemeinschaften, da bin ich sicher.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Ich wollte, ich wäre 20 Jahre jünger; fast beneide ich die jüngeren Kommunalpolitiker ein wenig um diese Herausforderungen, an der sie ihre Gestaltungskraft beweisen können.

Die aktuell drängendsten Aufgaben dürfen indes nicht die anderen Aufgaben unseres Kreises verdecken, die in Wahrheit genau so drängend sind, nur dass sie weniger neu sind. Sie lassen sich fast alle unter dem Thema zeitgemäße Infrastruktur versammeln. Da geht es nicht nur um die Hessebahn, und nicht nur um die Krankenhäuser. Da haben wir gute Anfänge gemacht, doch in vielen Bereichen haben wir Rückstände.

Dazu gehören auch – endlich – flächendeckend leistungsfähige störungsfreie Digitalnetze. Dafür soll es jetzt großzügigste Subventionen des Bundes geben. Solche Programme sehe ich allerdings auch mit Skepsis oder Ernüchterung: Wer sie in Anspruch nimmt, gehört schon mal nicht zu den Pionieren, eher zu den Nachzüglern der Karawane, die man jetzt einsammeln muss. Dabei hatten wir vor über zehn Jahren, ab 2001, schon mit dem Glasfasernetz begonnen, zusammen mit der damaligen Sparkasse Pforzheim Calw.

Zur Infrastruktur gehört auch, dass wir den öffentlichen Nahverkehr verbessern, dass wir die Verschlechterung der medizinischen Versorgung im hausärztlichen Bereich aufhalten müssen. Es gibt ja genug Ideen. Sonst werden wir schneller unattraktiv als wir denken. Das ist alles auch eine Frage der rechten Zeit! Und jedes Nichthandeln oder verspätete Handeln hat Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte, und nicht etwa positive (wie manche denken, die vielleicht die Kreisumlage noch weiter drücken wollen). Unser Kreis – einschließlich der Gemeinden – mag im Einzelnen manches Ausgabenproblem haben, er hat aber, wie wir es schon oft gesagt haben, vor allem ein Einnahmenproblem. Für die richtigen Infrastrukturprodukte investiert, werden wir Einwohner und Unternehmen, Fachkräfte, kreative Menschen und Familien gewinnen, die den Kreis durch ihre Leistungen wirtschaftlich stärker machen. Die Chancen sind da.

Die Hessebahn wird nun kommen, zum Baubeginn ist fast alles bereit. Da haben Sie, Herr Landrat, und Ihre Mitarbeiter die dicken Bretter gebohrt. Und wir Kreisräte auch. Und die Landesregierung hat uns mit voller Kraft unterstützt. – Wie sie es auch mit den Krankenhäusern und dem medizinischen Kreiskonzept getan hat. Auch bei Straßenerhalt, auch mit dem Wirtschaftsgymnasium im Süden (das diese Unterstützung mit schönen Erfolgen erwidert). Oder durch den Nationalpark für die ganze Region. Wann hätte der Kreis Calw in der Vergangenheit jemals auch nur einen Bruchteil dieser Unterstützung durch das Land erfahren!

Was noch fehlt, und nun in unserer Priorität nach oben kommen muss, ist die Schienenanbindung des südlichen Kreises. Schon aus Gründen der Sicherung der Wirtschaftskraft, nachdem jetzt wohl das Konzept Interim plus zunächst gescheitert ist, steht zwar momentan keine klare Option im Schaufenster, wie eine leckere Torte, aber das heißt ja nicht, dass man keine neue backen könnte. Wir sind überzeugt, dass man das kann - auch die Grundgedanken von Interim plus können weiter verfeinert werden; das Jahr 2021 kommt rasch herbei.

Der Nahverkehrsplan, der im Frühjahr in den Kreistag eingebracht werden soll, ist gleichfalls eine große Chance. Für die Zukunft der ländlichen Bereiche ist er unabdingbar. Dabei brauchen wir eine wirtschaftliche Lösung. Wir sehen dabei drei Hauptmodule:

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

- Linien mit festem Stunden-, teilweise Halbstundentakt, die alle Kreisgemeinden einbeziehen.
- Das Modul eines auf Anforderung fahrenden Bedarfsverkehrs, der ebenfalls, eben bedarfsabhängig, auf einem sozusagen virtuell zugrunde liegenden Stundenraster fährt und alle Gemeinden und Teilorte einbezieht. Der Centro war ein erster aber kein sehr gelungener Versuch.
- Ein drittes, subsidiäres Modul können Bürgerbusse in Gemeinden sein.

Um die beste Lösung zu finden, brauchen wir auch ein geeignetes Wettbewerbsverfahren, das allen Interessenten, gerade den mittelständischen Unternehmen unseres Raums, zugänglich sein muss.

Weitere Herausforderungen stellen sich mit der Versorgung des ländlichen Raums mit den Gütern des täglichen Bedarfs aller Art. Wenn die Einwohnerzahl abnimmt, die Bevölkerung altert und die Geschäfte schließen oder weiter weg sind, braucht man neue Ideen. Darüber haben wir noch kaum gesprochen. Hier ist der regionale Handel gefragt, denn es geht um seine Kunden. Doch Kunden, die er verliert, verlieren wir im Kreis womöglich auch als Einwohner. Oder sie wandern zu den großen überregionalen Online-Händlern, dann verlieren wir zumindest ihre Kaufkraft in der Region. Deshalb steckt hier auch eine Infrastruktur-Aufgabe des Kreises und die Frage: Wie können wir das Geschäft in unserem Raum halten?

Der Tourismus ist nach wie vor ein unausgeschöpftes Potenzial. Es hat Verbesserungen gegeben. Die Zahlen sind in etwa im Vergleich zum ganzen Land Baden-Württemberg besser geworden in den vergangenen drei Jahren. Aber von Januar bis September 2015 haben wir Übernachtungen verloren. Es gibt ein neues Produkt, den Baumwipfelpfad in Bad Wildbad. Es fehlt aber noch immer an einer Infrastruktur, die zu einer Produktoffensive führen würde. Zertifizierte Wanderwege (die Stadt Calw hat einen gemacht!), Mountainbikestrecken, Vesperhütten. Übernachtungskapazitäten unterhalb der drei- bis vier Sternekategorie schrumpfen im Kreis Calw noch immer. Ferienwohnungen in den Dörfern sind eine große Chance, und heute wieder lukrativ, ein Netz von Unterkünften wie die französischen Chambres d'hot – das wären Früchte einer guten Infrastruktur, und sie würden selbst wieder infrastrukturell wirken.

Solcher Art, meine Damen und Herren, sind unsere Aufgaben – und sie liegen buchstäblich, wenn nicht auf der Straße, so doch im Raum. Wir müssen sie nur anpacken.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt Fraktionsvorsitzender Schwarz wie folgt Stellung:

„Meine Damen und Herren,

dass der Kreistag einer Steigerung des Haushaltsvolumens in der heutigen Größenordnung so einmütig zustimmt, wäre in den letzten Jahren kaum denkbar gewesen.

Aber das alles bestimmende Thema der vergangenen Monate beeinflusst eben auch diesen Kreishaushalt, der einen neuen Schwerpunkt in der Schaffung zahlreicher Gemeinschaftsunterkünfte erhält. Deshalb haben wir gute Gründe für eine Zustimmung, die ich hiermit auch für die Grüne Fraktion ankündigen darf. Einerseits können wir zu Recht davon ausgehen, dass ein großer Teil der heute zu Buche schlagenden Ausgaben von Bund und Land wieder zurückfließen. Andererseits hat die Kreisverwaltung aus unserer Sicht ein sehr wirtschaftliches Baukonzept entwickelt. Auch auf unsere

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

mehrfache Forderung hin wird besonders auf flexible Nachnutzungsmöglichkeiten Wert gelegt. Die sehr umfangreiche Nutzung des Baustoffes Holz ist im Übrigen nicht nur von ökologischem Wert, sondern auch ein regionalwirtschaftlicher Faktor. Bis zum heutigen Tag ohne Zelt und mit einer einzigen Halle auszukommen, verdient im Übrigen ein Lob an die Kreisverwaltung. An dieser Stelle schließe ich mich im Dank an die Verwaltung meinen Vorrednern uneingeschränkt an.

In Sachen Erweiterung Landratsamt spreche ich mich auch für dezentrale Lösungen aus, vor allem wegen der Innenstadtbelebung und der besseren Erreichbarkeit durch den ÖPNV.

Die große Aufgabe der Integration, insbesondere in der Anschlussunterbringung, kommt allerdings erst noch, und wir glauben, da lohnt sich der Blick auf die Struktur. Wir haben eine unglaubliche Zahl motivierter Ehrenamtlicher, die aber fachliche Begleitung und Betreuung brauchen, wenn Integration gelingen und die Motivation bleiben soll. Über die beste Aufgabenteilung zwischen Verwaltung, freien Trägern und den Arbeitskreisen vor Ort sollten wir uns noch einmal Gedanken machen. Der geplante Workshop dazu Ende Januar ist sicher ein erster Schritt.

In der Haushaltsvorberatung waren wir überrascht vom gemeinsamen Vorhaben der beiden großen Fraktionen, die Kreisumlage um 0,8 % abzusenken. Angesichts größerer Unwägbarkeiten halten wir das für gewagt, andererseits gibt die inzwischen durchgesickerte Nachricht von einem deutlich überplanmäßigen Rechnungsabschluss für 2015 den Bürgermeistern zumindest nachträglich teilweise Recht. Deshalb gehen wir auf den Umlagesatz von 32,6 % ein. Immens wichtig ist jedenfalls, dass dieser Haushalt nicht im Frühjahr noch einmal aufgeschnürt werden muss. Das was wir heute beschließen, "muss heben" bis wir im nächsten Herbst den Haushalt 2017 verhandeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf unseren Antrag in der letztjährigen Haushaltsdebatte hin lud die Kreisverwaltung im Juli zu einem Treffen der Energieakteure im Kreis ein. So gab es einen Austausch zwischen Vertretern von Stadtwerken, Genossenschaften und einigen Kreisräten. Seither wurde wiederholt über die Einstellung eines Klimaschutzmanagers diskutiert, auf Basis eines Förderprojektes des Bundes. Ich freue mich, dass nach vielem Hin und Her der entsprechende Zuschussantrag doch noch im Haushalt verankert wurde und verbinde damit die Hoffnung, dass nach mehreren Jahren der Konzeption es nun verstärkt an die Umsetzung konkreter Maßnahmen geht. Das Zustandekommen eines interfraktionellen Antrags war sicher hilfreich, um am Ende die klare Mehrheit zu gewinnen. Als einer der Initiatoren meine ich, es sollte Schule machen, dass diejenigen, die besonders intensiv in einem Thema drin sind, sich über Fraktionsgrenzen hinweg zusammentun und notwendige Schritte fordern. Das ist lebendige parlamentarische Demokratie.

Unverändert bestimmen auch unsere Krankenhäuser diesen Haushalt. Einmal mehr müssen wir einen Defizitausgleich in Millionenhöhe einkalkulieren. Dass die großen Beschlüsse für die Zukunft noch keine schnelle Lösung für die kommenden Jahre mit sich bringen, war eigentlich klar, und deshalb werbe ich für Geduld und kontinuierliche Arbeit, sowohl am Klinikalltag wie auch an den großen Baumaßnahmen. Denn das grundsätzliche Ziel, beide Krankenhausstandorte zu erhalten, ist unabdingbarer denn je. Nicht zuletzt die Diskussion um leere Arztpraxen in Neuweiler zeigen auf, dass unsere Kliniken nicht nur für die klassische stationäre Versorgung wichtig sind,

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

sondern zunehmend zum Dreh- und Angelpunkt der gesamten medizinischen Infrastruktur werden.

In einem anderen Medizinsektor ist die Personalknappheit genauso bestimmend. Nicht ganz freiwillig, aber erfolgreich wurde die Geburtshilfe am Calwer Krankenhaus zu einer Hauptabteilung umgewandelt, demnächst mit einem neuen Chefarzt. Der Mangel an Hebammen prägt landauf, landab nicht nur die Geburtskliniken, sondern auch die so wichtige häusliche Betreuung vor und nach der Geburt. Hinzu kommt, dass werdende Eltern die Attraktivität einer Region auch an der Wahlfreiheit festmachen, wie ihr Kind zur Welt kommen soll. Denn auch für außerklinische Geburten fehlen praktizierende Hebammen. Deshalb brauchen wir rund um die Calwer Geburtsklinik ein Gesamtkonzept zur Hebammen- Versorgung im Kreis und haben dieser Tage an Klinikleitung und Aufsichtsrat einen entsprechenden Antrag gestellt. Einerseits, um als Arbeitgeber attraktiver zu werden, andererseits um auch in Sachen Geburtshilfe die vielbeschworene Familienfreundlichkeit zu gewährleisten und verbessern.

Herr Landrat, vor etwa einem Jahr habe ich im Blick auf die HHB einen letzten Kraftakt an Diplomatie eingefordert. Dieser Kraftakt dauert noch an. Die letzten Hürden müssen noch übersprungen werden, auch wenn ich keine sehe, die zu hoch wäre. Aber ich beobachte immer wieder auf beiden Seiten ein gewisses Misstrauen und deshalb braucht es neben der Diplomatie auch größtmögliche Transparenz gegenüber den Verhandlungspartnern, darum möchte ich ausdrücklich bitten. Im Übrigen haben wir auch das Nagolder Schienenprojekt, das wir nicht aus dem Auge verlieren sollten. Und nicht zuletzt fängt an den Bahnhöfen der ÖPNV erst richtig an, nämlich die Erschließung unserer Dörfer mit Bussen, Ruf- und Bürgerautos und wie sie alle heißen. Auch wir sehen, dass flexible Systeme Zukunft haben und hoffen, spätestens mit dem neuen Nahverkehrsplan da dauerhafte Lösungen hinzukriegen. Ein wichtiger Schritt, unseren ÖPNV attraktiver zu machen, wäre die Schülernetz Karte. Wir haben einen einmütigen Beschluss, der muss jetzt auch umgesetzt werden.

Zum Schluss nochmal zurück zum Flüchtlingsthema. Ich meine, es lohnt sich ein kritischer Rückblick auf die westliche Politik der vergangenen Jahrzehnte, gerade in den Regionen, wo heute die Menschen durch Kriege oder Armut in die Flucht getrieben werden. In der "ZEIT" wurden in den letzten Wochen immer wieder ausführliche Artikel dazu veröffentlicht. Es hilft sicher nichts, einzelne konkret Handelnde im Nachhinein zu beschuldigen. Aber es bleibt nüchtern festzustellen, dass die westliche Welt mit teilweise sehr fragwürdigen Mitteln vor allem darauf bedacht war, Öl, Uran und weitere Ressourcen billig importieren zu können. Das holt uns heute mehrfach ein. Klarer denn je sollten wir deshalb erkennen, dass unser Wohlstand - den keine Generation zuvor auch nur annähernd erlebt hat - nicht nur auf Fleiß und eigener Arbeit beruht. Vor diesem Hintergrund haben wir nicht nur eine ethisch-moralische Gutmenschentums-Verpflichtung, sondern eine ganz konkrete Verantwortung für die heutige Situation. Und deshalb dürfen wir über Ängste und Sorgen reden und herzhafte darüber streiten, wie wir das Schaffen, wen wir wie aufnehmen. Aber eines sollte es nicht geben: dass die Frage, wie wir mit den ankommenden Flüchtlingen umgehen, zu einer Frage des Geldes wird. Das wäre - ganz abgesehen von begleitenden volkswirtschaftlichen Belebungsseffekten - im krassen Widerspruch zu dieser weltpolitischen Mitverantwortung. Im Übrigen würden dann auch die Weihnachts- und Neujahrsansprachen der kommenden Tage ziemlich hohl klingen.

Auch in diesem Sinne stimmen wir Grünen diesem Kreishaushalt zu.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Für die FDP-Fraktion nimmt Fraktionsvorsitzender Braun wie folgt Stellung:

„Herr Landrat, meine Damen und Herren,

vieles haben meine Vorredner schon gesagt, deshalb will ich mich auf ein paar wesentliche Punkte beschränken.

Da wären zunächst einmal die Haushaltseckdaten. Das Haushaltsvolumen hat sich von 170.000 auf 200.000 Euro erhöht - eine Steigerung um 27 %. Der Sozialhaushalt ist von 70 auf 100 Millionen Euro noch mehr angestiegen – eine Steigerung von 42 %. Zusätzlich haben wir eine Neuverschuldung von 17 Mio. Euro, was uns einen Zinsaufwand von 700.000 Euro beschert. Nur wegen der Niedrigzinsphase fällt der Zinsaufwand so moderat aus. Wie lange diese noch andauern wird, ist ungewiss. Die Gesamtverschuldung ist von 2012 auf 2014 von 58 auf 79 Millionen Euro einschließlich der Beteiligungen gestiegen. Hauptursache für die zusätzliche Verschuldung ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Nicht erst seit heute, sondern schon seit langem versagen auf diesem Gebiet die EU, Bund und Länder in allen Bereichen. Es gibt in unserem Land Asylbewerber, die mehr als zehn Jahre hier sind, ohne dass sie je gearbeitet haben. Nicht weil sie nicht wollen, sondern weil man es ihnen verbietet. Es wäre gar nicht notwendig, dafür neue Regeln und Gesetze zu schaffen, sondern die Instrumente wären da, man müsste sie nur anwenden. Die Versäumnisse, die es seit langem gibt, liegen darin, dass Menschen ohne Papiere ins Land gelassen werden, ohne dass sie Auskunft über ihre Herkunft geben. Das führt dazu, dass man sie anschließend nicht mehr abschieben kann. Die Zulassung zum Asylverfahren dauert sehr lange und noch länger dauert das eigentliche Asylverfahren. Es gibt zu viele Möglichkeiten, bei Ablehnung dagegen vorzugehen. Das wird sehr oft ausgenutzt. Schließlich hapert es noch bei der Rückführung. In nur seltenen Fällen kommt es tatsächlich zur Rückführung, die dann noch mit Geld üppig honoriert wird. Auch auf die Gefahr hin, dass sie zwar zurückkehren, Geld mitnehmen und dann einfach wieder einreisen. Das ganze wird so dargestellt, als ob alles wunderbar wäre. Bei den Zuwanderern wird der Eindruck vermittelt, dass Deutschland ein Schlaraffenland ist, wo man gut leben kann ohne zu arbeiten. Das wird auch durch die Medien so kolportiert. Getoppt hat es die Kanzlerin mit ihrer Aussage „Wir schaffen das“. Sie hat aber fast gar nichts dazu gesagt, wie man das schaffen soll. Wenn wir so weiter machen, dann wird für uns die Katastrophe richtig groß werden.

Der Unterschied zwischen der veröffentlichten Meinung und dem was tatsächlich läuft, haben wir bei uns erlebt. Da ist vor vier Wochen eine Familie nach Haiterbach zugewiesen worden. Wir haben sie in einem älteren Haus untergebracht, das hergerichtet worden ist. Vier Wochen später ist bei Nacht und Nebel die ganze Familie abgeholt worden. Das passt überhaupt nicht zu dem anderen Thema. Wenn die Leute nicht bleiben dürfen, dann muss man sie erst gar nicht aufs Land bringen. Dann können sie doch gleich von der ursprünglichen Unterkunft zurückgeführt werden.

Was wäre zu tun? Zuwanderer, die keine Auskunft zu ihrer Identität geben, dürfen nicht mehr reingelassen werden. Die Asylverfahren müssen beschleunigt werden, schnelle Rückführung bei Ablehnung. Wenn sie anerkannt werden, müssen sie schnell in die Gesellschaft und Arbeitswelt integriert werden. Das Signal an die Zuwanderer

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

muss lauten: Ihr könnt hier gut leben, wenn ihr für euren Lebensunterhalt selbst aufkommt. Von uns erwarten können sie Hilfe zur Selbsthilfe.

Trotzdem möchte ich sagen, dem Kreis, dem Landrat, der Verwaltung, den Kreisgemeinden und ihren Bürgermeistern gebührt große Anerkennung für das was bisher in Sachen Flüchtlingszustrom geleistet worden ist. Aber nach der Erstaufnahme muss es mit der Integration in die Gesellschaft und Arbeitswelt schnell weitergehen. Doch das größte Hindernis ist die Bürokratie und leider muss ich sagen, dass ich manchmal den Eindruck habe, dass manche froh sind, dass es die Bürokratie gibt. Weil man dann eine schöne Ausrede hat und nicht direkt sagen muss, man will sie hier nicht haben. Wenn die Leute hier bleiben dürfen, muss man ihnen die Möglichkeit geben, dass sie sich hier selber versorgen. Es sind ja in der Regel erwachsene Leute. Viele sind gut ausgebildet. Denen kann man zumuten, dass sie sich selbst drum bemühen, Fuß zu fassen. Es gab vor einigen Wochen einen wunderbaren Artikel im Schwarzwälder Boten, wo berichtet wurde, dass vor 20 Jahren ein Mann aus Ghana nach Südbaden eingereist ist. Er hat als Tellerwäscher angefangen und hat sich ohne Hilfe zum Heimleiter hochgearbeitet.

Mit Griechenland habe ich jetzt neue Erfahrungen gesammelt. Wir waren schon einmal gemeinsam dort, Herr Landrat. Der Erfolg war bescheiden. Jetzt war ich nochmal auf Eigeninitiative mit Unterstützung der Diakonie Nagold im Norden Griechenlands in der Stadt Alexandroupolis nahe der türkischen Grenze. Es ist eine arme Region. Dort habe ich mitbekommen, dass fast 40 % der Bevölkerung arbeitslos sind. Noch höher ist die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen, obwohl die fast alle schulisch gut ausgebildet sind. Zusätzlich wird die Bevölkerung durch EU-Vorgaben belastet, indem z.B. die Mehrwertsteuer für alle Produkte auf 23 % festgesetzt worden ist. Das ist für die Leute dort eine mittlere Katastrophe. Ich sage das deswegen: Die Griechen sind ein sehr heimatverbundenes Volk, die in ihrem Land bleiben wollen. Wenn das aber so weitergeht, strömen eines Tages die Griechen massenhaft nach Deutschland. Schön wäre, wenn wir das verhindern können, indem wir die Griechen vor Ort unterstützen, was auch in anderen Ländern gemacht wird. Ich war auch noch an der Grenze zur Türkei, wo die Grenze mit hohen Zäunen dicht gemacht wird. Hier habe ich in unseren Zeitungen nichts darüber gelesen. Im Gegensatz dazu – und das ist Meinungsmache – ist Ungarn wegen seiner Grenzzäune beschimpft worden.

Jetzt zum Kreistag. Es geht ums Jobcenter. Ich habe neulich an einer Beiratssitzung teilgenommen. Dabei habe ich erfahren, dass alles wunderbar läuft. Aber ich habe auch erfahren, dass wir dort ein Defizit von etwa sechs Millionen Euro ausgleichen müssen. Das haben wir noch gar nicht diskutiert. Diesem Thema muss sich der Kreistag auch annehmen. Bisher habe ich wenige Informationen, was dagegen unternommen werden kann. Ich meine, es gehört auf die Tagesordnung. Sicherlich ein Thema, die überbordende Bürokratie in der Arbeitsverwaltung, was auch für die Flüchtlingspolitik gilt. Wir sollten uns für das nächste Jahr vornehmen, dem Thema auf den Grund zu gehen und Lösungen zu suchen, wie die Verwaltung effektiver gestaltet werden kann. Im Übrigen, die Optionskreise wie z.B. Biberach und der Bodenseekreis schneiden besser ab als wir.

Zu den Beteiligungen bekommen wir seit einigen Jahren immer rechtzeitig einen sehr gut zusammengestellten Beteiligungsbericht. Dafür bedanke ich mich bei der Verwaltung und insbesondere bei Herrn Reusch. Die Ergebnisse aller Beteiligungen sind bis auf die Krankenhäuser durchweg positiv. Aber auch dort sind wir auf einem guten

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Weg. Eine grundsätzliche Bemerkung noch dazu: Die Leute aus der Wirtschaft kämpfen darum, dass sich der Staat auf Kernaufgaben beschränkt und alles andere privat erledigt wird. So gibt es in der Klinikholding eine Service GmbH. So etwas könnte auch ein privater Anbieter betreiben. Wichtig ist auch, dass die kommunalen Betriebe der Privatwirtschaft keine Konkurrenz machen dürfen.

Zur Infrastruktur. Da haben wir jetzt endlich einen Generalverkehrsplan. Schon lange haben wir einen Radverkehrsplan. Ich will nicht Radwege und Straßen gegeneinander ausspielen, aber auf die Prioritäten hinweisen. Straßen sind für die Wirtschaft wichtig und davon hängt vieles ab. Radwege sind für Private und schön wenn's läuft. Aber Priorität müssen die Straßen haben. Da habe ich neulich einen Artikel gelesen, wonach die Politik in Stuttgart gescheitert ist. Man hat da vor einigen Jahren den Weg eingeschlagen, die Straßen zu vernachlässigen mit dem Ziel, dadurch den Verkehr zu reduzieren. Jetzt sind die Straßen kaputt und der Verkehr ist trotzdem gestiegen.

Ich bin neulich auf dem neuen Radweg von Haiterbach nach Nagold gelaufen, der mehrere hundert tausend Euro gekostet hat. Dabei sind mir zwei Fußgänger und ein Fahrradfahrer begegnet. Parallel sind auf der Landesstraße mindestens 50 oder mehr Autos gefahren. Ähnlich verhält es sich Samstagnachmittags auf dem Radweg zwischen Altensteig und Nagold. Ich sage das nicht, damit keine Radwege mehr gebaut werden. Aber Priorität muss nach wie vor der Straßenausbau haben.

Zur Hesse-Bahn. Traurig sind für mich die Bürgereinsprüche, das Verhalten des Nachbarkreises und der dortigen Kommunen und auch die Naturschutzauflagen. Ich habe immer noch Angst, dass die Sache kippt. Was vorher schon angesprochen wurde ist die Schienenverbindung Nagold – Stuttgart, die nicht vernachlässigt werden darf.

Gut ist, dass der IT-Ausbau läuft. Die Initiative des Landratsamtes für alle Gemeinden ist gut.

Schließlich noch das Thema Centro. Wir müssen für eine sinnvolle dauerhafte Lösung kämpfen. Wie das erreicht werden kann, wird derzeit in der AG Mobilität diskutiert. Eventuell muss das Bürgerbussystem der einzelnen Gemeinden miteinbezogen werden.

Krankenhäuser

Nach 2010, als sich die Defizite vergrößert haben, sind wir aufgewacht. Seither betreiben wir Ursachenforschung. Viele Gespräche haben stattgefunden. Jetzt ist mit dem Krankenhauskonzept 3plus ein Weg gefunden worden. Insbesondere die Idee des Gesundheitscampus Calw eröffnet für Calw gute Chancen für eine langfristige Lösung. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, die kein Selbstläufer sein wird. Es wird mit sehr viel Arbeit in der Verwaltung, im Kreistag und den verschiedenen Ausschüssen verbunden sein. Es wird sich für eine gute Gesamtlösung lohnen, wenn wir uns da engagieren. Die Weichenstellung für das Krankenhaus Nagold ist schon weit vorangeschritten. Die Aktivitäten vor Ort können schon bald losgehen. Für den Gesundheitscampus Calw gibt es dagegen noch viel zu regeln. Es muss ein Partner gefunden werden. Zu einem Gesamtkonzept gehört auch das medizinische Versorgungszentrum. Wir wissen, dass diese in Calw und Nagold an die Krankenhäuser angedockt werden sollen. In Bad Wildbad ist nach meinem Kenntnisstand auch ein Standort gefunden worden.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Was die FDP-Fraktion interessiert ist:

- Wie hoch sind die Investitionen?
- Wie hoch ist der personelle Aufwand?
- Wie sieht es mit den Erlösen aus?
- Wie sieht der zeitliche Fahrplan aus?
- Auch die personelle Besetzung ist noch relativ im Dunkeln.

Ich bitte um Transparenz und frühzeitige Beteiligung und zwar nicht erst wie früher, wenn sich die Defizite erhöhen.

Wir von der FDP-Fraktion werden die Entwicklung kritisch und konstruktiv begleiten.

Zur Kreisumlage. Sie ist auf Drängen der beiden großen Fraktionen um 0,8 Punkte auf 32,6 Umlagepunkte reduziert worden. Die Verwaltung hat wie letztes Jahr 33,8 Punkte vorgeschlagen. Das habe ich akzeptiert, weil das Ausgabenbudget auf dem Niveau von 2014 eingefroren worden ist. Zusätzlich müssen die Flüchtlingskosten mitfinanziert werden. Deswegen wäre es aus meiner Sicht richtig gewesen, die Umlage so zu belassen. Wir tragen das jetzt aber mit und stimmen dem vorliegenden Haushalt zu. Wir hoffen, dass uns der heutige Beschluss nicht kurzfristig einholt. Ich fürchte auch, dass wir dadurch die finanzielle Belastung auf die Zukunft verschieben.

Noch ein Dankeschön an die Kollegen im Kreistag und auch an die Verwaltung und deren Mitarbeiter für die immer angenehme Zusammenarbeit. Wir diskutieren zwar manchmal heftig, aber insgesamt haben wir ein gutes Klima. Das ist nicht überall so.

Vielen Dank.“

§ 3 ö

Haushalt 2016

Vorlage KT X/82

Landrat Riegger resümiert, dass der Themenschwerpunkt der diesjährigen Haushaltsberatung der Flüchtlingszustrom und die Folgen für den Landkreis Calw gewesen ist. Im kommenden Jahr sollte sich der Fokus auf die Integration der Flüchtlinge richten. Der Vorsitzende verweist an dieser Stelle auf den Integrations-Workshop „Integration ja aber wie?“, der am 29. Januar 2016 im Landratsamt stattfindet und zu dem auch die Kreisräte eingeladen sind. Bei dieser Veranstaltung sollen gemeinsam mit Experten die Bereiche Wohnungsbau, Arbeitsvermittlung, gesellschaftliche und soziale Integration von Flüchtlingen thematisiert werden. Dies zeige, dass sich der Landkreis den Herausforderungen des Jahres 2016 aktiv stellt.

Ein weiteres wichtiges Zukunftsthema sei die Mobilität im ländlichen Raum, die ebenfalls mehrfach in den Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden angesprochen worden ist. Hierzu werde die Verwaltung dem Gremium im kommenden Jahr verschiedene Vorschläge unterbreiten. Auch die Schienenanbindung im südlichen Teil des Landkreises werde im nächsten Jahr eine Aufgabe sein, der sich die Stadt Nagold bereits vorbildlich angenommen habe. Der Vorsitzende räumt ein, dass bislang der Fokus auf der Hermann-Hesse-Bahn lag.

Landrat Riegger stellt des Weiteren erfreut fest, dass die Fraktionen den geplanten Ausbau des Breitbandnetzes positiv unterstützen. Die digitale Autobahn müsse durch den Landkreis führen und nicht an ihm vorbei.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Bei den Kreiskliniken stehe jetzt die geplante Sanierung des Krankenhauses Nagold und der Neubau in Calw an. Dennoch dürfe die Entwicklung des Verlustausgleichs nicht aus den Augen verloren werden. Auch bundespolitische Entscheidungen, wie das Krankenhausstrukturgesetz, würden sich negativ auf die Kostensituation auswirken. Dies habe ein noch stärkeres Engagement der Geschäftsführung zur Folge.

Bezug nehmend auf verschiedene Forderungen der Fraktionsvorsitzenden an die Kreisverwaltung, bittet der Vorsitzende darum, ihm für diese Aufgaben auch die notwendigen Personalstellen zur Verfügung zu stellen. Landrat Riegger bedankt sich für das Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts und unterstreicht, dass diese sich in besonderem Maße für den Landkreis und seine Städte und Kommunen engagieren.

Zum Haushalt 2016 legt der Vorsitzende dar, dass im Wesentlichen auf Steigerungen der Haushaltsansätze verzichtet worden ist, da überwiegend das Rechnungsergebnis 2014 der Planung 2016 zugrunde gelegt wurde. Trotz der großen Zukunftsaufgaben beschränke sich der Haushalt 2016 im Wesentlichen auf die Pflichtaufgaben, da die Zukunftsaufgaben in Gesellschaften, Eigenbetriebe oder Zweckverbände ausgegliedert worden seien.

Zusammenfassend stellt Landrat Riegger fest, dass der Haushalt ein Gesamtvolumen von 202,7 Mio. Euro umfasst. Davon entfallen auf den Ergebnishaushalt 178,5 Mio. Euro und die Investitionen betragen 21,2 Mio. Euro. Die Tilgung mache 3 Mio. Euro aus. Die Kreisumlage sei ursprünglich mit 33,4 Prozentpunkten festgesetzt, auf Empfehlung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses aber auf 32,6 Prozentpunkten abgesenkt worden. Mit diesem Kompromiss sei eine Entlastung der Städte und Gemeinden in Höhe von 1,4 Mio. Euro verbunden.

Anschließend stellt Landrat Riegger den Beschlussantrag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der Kreistag beschließt:

1. Die aus den Anlagen ersichtlichen Änderungen des Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalts sind in den Haushalt 2016 zu übernehmen.
2. Der Änderung des Stellenplanentwurfs wird zugestimmt und die im Laufe des Jahres 2016 erforderliche Stellenneuschaffungen werden genehmigt.
3. Unter Berücksichtigung der Änderungen unter Nr. 1 wird die Haushaltssatzung 2016 in der aus der Anlage 2 ersichtlichen Fassung erlassen.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Kredite in Höhe von 17.150.000 EUR zu den bestmöglichen Konditionen aufzunehmen.
5. Der im eingebrachten Haushaltsentwurf 2016 ersichtliche Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs Immobilien der Krankenhäuser Calw und Nagold wird wie folgt festgestellt:

1. Im **Erfolgsplan** mit

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Erträgen von	3.039.000 EUR
Aufwendungen von	3.319.000 EUR
Einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag* von	280.000 EUR
Im Vermögensplan mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EUR	1.067.000

2. Mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** (Kreditermächtigung) von 0 EUR
3. Mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen **Verpflichtungsermächtigungen** von 0 EUR

*Der Jahresfehlbetrag wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Der Finanzplanung des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskrankenhäuser Calw und Nagold wird zugestimmt.

(42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

§ 4 ö

Erklärung des Kreistags zur geplanten Abstufung der B28 zwischen Dornstetten und Herrenberg

Vorlage KT X/83

Landrat Riegger führt aus, dass das Vorhaben des Bundes und des Landes, die B28 zur Landesstraße abzustufen nach wie vor nicht für gut geheißen wird. Deshalb habe er sich mit den Fraktionsvorsitzenden darauf geeinigt, dass der Kreistag eine Erklärung zum Erhalt der B28 abgibt, da diese nach wie vor eine große verkehrliche Bedeutung im Oberen Nagoldtal hat und eine wichtige Verkehrsachse darstellt. Es seien viele Gespräche mit Verantwortlichen geführt worden. Doch weder beim Bund noch beim Land habe man ein offenes Ohr gefunden.

In der sich anschließenden Aussprache vertritt Kreirat Kallfass die Ansicht, dass sich der Landkreis mit der bisherigen Antwort nicht zufrieden geben darf. Der Landkreis müsse deshalb weiterverhandeln, weil die Abstufung unter keinen Umständen akzeptiert werden dürfe.

Kreisrat Schuler sieht in der Abstufung ein falsches strukturelles Signal nach außen. Da der Landkreis über keinen eigenen Autobahnanschluss verfüge, brauche er eine gute Anbindung zur Autobahn, die die B28 darstellt.

Kreisrat Dr. Prewo ist mit der Entwurfserklärung der Verwaltung einverstanden. Die SPD-Kreistagsfraktion habe um eine deutliche Intervention gebeten, nachdem ver-

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

schiedene Seiten davon ausgegangen sind, die Abstufung sei schon erledigt. Für Kreisrat Dr. Prewo gibt es keinen vernünftigen Grund für die Abstufung. Die B28 sei schon in den zwanziger Jahren als Reichsstraße ausgewiesen worden. Sie befinde sich in einem guten Standard, während die B28a noch vor wenigen Jahren auf der Abschlusliste als Parallelverbindung zur Autobahn gestanden habe. Zudem erfülle die B28a bis auf den Abschnitt zwischen Dornstetten und Schopfloch nicht dem Standard einer Bundesstraße. Darüber hinaus sei die Umfahrung Eutingen, die schon lange im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist, bis heute nicht umgesetzt worden. Als Argument höre man nur, dass ein schienengleicher Bahnübergang zwischen Horb und Grünmettstetten bei Seehaus beseitigt werden soll. Dem stehe nichts entgegen. Auch dass im Zuge dessen die B28a aufgewertet werden soll, sei in Ordnung. Dennoch sei dadurch die B28a noch lange nicht fertiggestellt. Sollte jetzt die B28 abgestuft werden, würde der Nordschwarzwald über keine Bundesstraßenquerung mehr verfügen. Außerdem hätte der Bund dann weniger Druck, den Rest der B28a fertigzustellen. Kreisrat Dr. Prewo gibt weiter zu bedenken, dass die B28 zwischen Jettingen und Herrenberg erst vor Kurzem dreispurig ausgebaut worden ist. Er zeigt sich zuversichtlich, dass angesichts dieser Argumente bei den Verantwortlichen noch Überzeugungsarbeit zum Erhalt der B28 geleistet werden kann.

Kreisrat Schwarz sieht die vorliegende Erklärung hingegen kritisch. Es handle sich um eine Entscheidung, die der Bund und das Land bereits vor vielen Jahren getroffen haben. Unbestritten sei, dass seit Fertigstellung der A81 der Fernverkehr nach Freudenstadt über den Raum Horb schneller ist als über die alte Verbindung der B28. Vor zwei Jahren habe der Kreistag bereits eine Resolution zum Erhalt der B28 verabschiedet. Die seither geführten Gespräche seien aber ergebnislos geblieben, weshalb die Hoffnung auf Erfolg als gering bewertet werden könne. Nach Ansicht von Kreisrat Schwarz könnte die Androhung rechtlicher Schritte als „Bettvorleger“ enden. Mit alldem könne er sich abfinden, wenn damit nicht erhebliche Kollateralschäden in Kauf genommen werden, weil es einen handfesten Interessenskonflikt zwischen dem Kreis Freudenstadt und dem schienengleichen Bahnübergang und dem Landkreis Calw gibt. Die Bedingung des Bundes sei eindeutig, indem dieser signalisiert, dass erst dann weitergebaut wird, wenn die B28 abgelöst sei. De facto werde im Landkreis Calw um eine Straßenbezeichnung und um ein paar kleine Schilder entlang der Straße und um ein schwer definierbares Renomé diskutiert. Mit Augenzwinkern merkt Kreisrat Schwarz an, dass die meisten davon nichts mitbekommen würden, wenn nicht so laut darüber diskutiert werden würde. Seiner Einschätzung nach wäre es für die Bevölkerung im Oberen Nagoldtal wichtiger, für konkrete Verkehrsprojekte wie den Centro zu kämpfen. Auch dafür seien Fördermittel des Bundes und Landes notwendig. Ferner gibt er zu bedenken, dass das erhoffte Nagolder Schienenprojekt in Richtung Stuttgart nur über die Anbindung an die Gäubahn und damit nur mit dem Landkreis Freudenstadt funktioniert. Kreisrat Schwarz befürchtet, dass der heutige Beschluss die Motivation seitens Freudenstadt dafür nicht steigert. Vor diesem Hintergrund werden die Grünen dem Beschlussantrag nicht zustimmen.

Kreisrätin Esken stimmt der Erklärung u.a. deshalb zu, weil sie die symbolische Bedeutung einer Bundesstraße für den Landkreis Calw nachvollziehen kann. Sie beantragt, im Rahmen der Erklärung den Verkehrsminister – dem die Erklärung überreicht werden soll - aufzufordern, gemeinsam mit dem Landkreis Calw eine Verkehrswegekonfe-

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

renz vorzubereiten und durchzuführen. Sie habe eine solche Verkehrswegekonzferenz im Landkreis Freudenstadt als sehr dialog- und konsensorientiert erlebt.

Kreisrat Dr. Prewo nimmt Bezug auf die Ausführungen von Kreisrat Schwarz und merkt an, dass ihm die Vereinbarung zwischen Bund und Land vom Herbst 2011 vorliegt. Dort sei in keiner Weise von einer Abstufung der B28 die Rede. Es gebe einen Anhang, in dem die zur Abstufung vorgesehenen Straßen aufgeführt sind. Die B28 sei jedoch nicht enthalten. In einer besonderen Anmerkung sei von Abstufungen in Folge der Realisierung von Maßnahmen des Bedarfsplans der Bundesfernstraßen die Rede. Dies treffe ebenfalls nicht zu, da es sich hier nur um realisierungsbedingte Umstufungen, z.B. bei Ortsumfahrungen, handelt.

Eine weitere Aussprache schließt sich nicht an. Der Vorsitzende schlägt vor, einen zweigeteilten Beschluss zu fassen. Zum einen soll der Kreistag über die Erklärung zur B28 abstimmen und zum anderen die Bitte an den Verkehrsminister, im Landkreis Calw eine Verkehrswegekonzferenz durchzuführen.

Kreisrat Dr. Prewo regt an, die Bitte an den Verkehrsminister zur Durchführung einer Verkehrswegekonzferenz der Erklärung beizufügen. Der Vorsitzende stellt daraufhin die ergänzte Erklärung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag widerspricht der vorgesehenen Abstufung der B28 zwischen Dornstetten und Herrenberg zur Landesstraße und beschließt dazu die der Sitzungsvorlage beige-fügte Erklärung. Diese wird um die Bitte an den Landesverkehrsminister ergänzt, im Landkreis Calw eine Verkehrswegekonzferenz durchzuführen. Bis dahin soll am Status der B28 keine Veränderung vorgenommen werden.

(38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)

§ 5 ö

Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Landkreis Calw - Antrag der SPD-Fraktion vom 29.07.2015

Vorlage KT X/84

Erster Landesbeamter Dr. Wiehe weist einleitend darauf hin, dass die im Antrag der SPD-Kreistagsfraktion genannten Akteure bereits an der vom Landkreis gebildeten Projektgruppe mitwirken, insbesondere sind dies Vertreter der kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenhäuser, die niedergelassenen Ärzte und Vertreter der Kommunalpolitik. Die Projektgruppe habe sich mit Vorschlägen zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Landkreis befasst und das Ergebnis – der so genannte Masterplan – liege den Kreisräten vor.

Anschließend erläutert Herr Dr. Wiehe die methodische Vorgehensweise zur Datenabfrage bei den niedergelassenen Hausärzten. Darüber hinaus seien alle baden-württembergischen Landkreise zu vergleichbaren Maßnahmen befragt worden sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, welche Ideen es dort zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung gibt. Erster Landesbeamter Dr. Wiehe gibt anhand ei-

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

nes Schaubildes einen Überblick, wie derzeit die hausärztliche Versorgung im Landkreis aussieht und sie sich aus heutiger Sicht bis zum Jahr 2020 und 2030 verändern wird. Daraus kann entnommen werden, dass es schon heute auf der Enz-Nagold-Platte ein gewisses Erreichbarkeitsproblem von Hausärzten mit öffentlichen Verkehrsmitteln gibt. Im Jahr 2020 wird sich dieses Problem dann auf den Bereich des Heckengäus (Ostelsheim, Simmozheim) ausdehnen. Im Jahr 2030 wird sich das Problem zusätzlich im Enztal und südwestlichen Landkreisteil verschärfen.

Herr Dr. Wiehe fährt fort, dass der Landkreis kaum über Einflussmöglichkeiten zur Ansiedlung von Hausärzten verfügt. Er habe weder Regelungskompetenzen, noch gebe es hierfür eine Finanzausstattung. Fakt sei, dass die Probleme aber bei den Kommunen aufschlagen und von den Bürgern an die Bürgermeister und den Landkreis herangetragen werden. Nach dem SGB V sei die Kassenärztliche Vereinigung für den Sicherstellungsauftrag der vertragsärztlichen Versorgung zuständig. Der Bund sei dagegen für die Studienordnung, die Anpassung der Bedarfsplanung zuständig und für die Überarbeitung des Vergütungssystems, während die Länder Einflussmöglichkeiten über die Ausgestaltung der Studienplatzangebote haben.

Auf Ebene der Kommunen und des Landkreises seien fünf Handlungsfelder identifiziert worden:

- Kleinräumige Strukturierung der Versorgungsbereiche
- Finanzielle Anreize schaffen
- Verstärkter Einsatz nichtärztlicher Gesundheitsberufe
- Gewinnung von Nachfolgern und Nachwuchs
- Zusammenarbeit mit dem Institut für Allgemeinmedizin der Universität Tübingen.

Der Erste Landesbeamte erläutert, dass die KV drei Versorgungsbereiche im Landkreis hat (Bad Wildbad, Calw und Nagold), die so genannten Mittelbereiche. Bad Wildbad sei wegen angeblicher Überversorgung derzeit gesperrt. Nach Auffassung der Projektgruppe sollte die Raumschaft für die hausärztliche Versorgung jedoch kleinräumiger betrachtet werden. Die vereinbarten Verwaltungsgemeinschaften bzw. die Gemeindeverwaltungsverbände wären nach Einschätzung der Projektgruppe die richtige Größenordnung, um das Thema politisch angehen zu können. Insofern wäre hier der interkommunalen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung beizumessen.

Finanzielle Anreize gibt es nach Darlegung von Herrn Dr. Wiehe bereits aller Orten. Angefangen vom Bau von Ärztehäusern durch die Kommunen bis hin zu Niederlassungszuschüssen oder kommunale medizinische Versorgungszentren. Ob und welches Instrument gewählt wird, müssten dann die kleinräumigen Organisationseinheiten entscheiden.

Der Einsatz nichtärztlicher Gesundheitsberufe ist hingegen keine neue Idee, insbesondere der Einsatz von Gemeindeschwestern für arztentlastende Dienste.

Zur Gewinnung von Nachwuchs habe der Kreistag im Sommer der Vergabe von drei Hausarztstipendien zugestimmt. Das sei nur eine möglich Maßnahme. Ein weiteres Beispiel seien die „Donau Docs“ aus Tuttlingen, die sich sehr intensiv um Nachwuchs kümmern. Dieses Thema ist nach Einschätzung von Herrn Dr. Wiehe auf Kreisebene gut angesiedelt.

Die Zusammenarbeit mit der Uni Tübingen müsse dahingehend gestärkt werden, als dort das Renomé des Hausarztes hoch gehalten wird.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

In der sich anschließenden Aussprache stellt Kreirat Kallfass fest, dass der Antrag der SPD-Fraktion dazu diene, sich mit dem brisanten Thema der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum auseinander zu setzen. Der Masterplan zeige jedoch auch, dass die Möglichkeiten der Kommunen und des Landkreises zwar eingeschränkt seien, es aber doch Ansatzpunkte für Marketingmaßnahmen gibt, die nachhaltig weiterverfolgt werden sollten.

Kreisrätin Dr. Uters bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die Ausarbeitung des Masterplans. Sie stellt fest, dass sich sowohl die Politik als auch die Kassenärztliche Vereinigung in der Vergangenheit zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung keine Gedanken gemacht haben. Den Ansatz, die Versorgungsbereiche kleinräumig zu strukturieren, findet sie gut. Dennoch müsse es gelingen, den Beruf für junge Ärzte attraktiv zu gestalten. Hierzu müsse verstärkt mit der Uni Tübingen und der Uni Heidelberg zusammengearbeitet werden. Sie gibt zu bedenken, dass das Modell VERAH nur klappt, so lange es Hausarztpraxen gibt. Auch gebe es die Möglichkeit, in den Medizinischen Versorgungszentren Ärzte einzustellen, die ausschließlich für Hausbesuche zuständig sind. Dadurch könnten die niedergelassenen Hausärzte ebenfalls entlastet werden. Kreisrätin Dr. Uters bezweifelt, dass sich ältere Hausärzte in den Gemeinden noch an MVZ's beteiligen werden. Damit junge Ärzte ein solches Modell umsetzen, bedarf es der Bereitschaft mehrerer Mediziner, auf dem Land arbeiten wollen.

Kreisrat Dr. Walz stellt fest, dass die Freien Wähler den Masterplan unterstützen, da dieser schon lange gewünscht worden ist. Zur Ziffer 1 des SPD-Antrags nimmt Kreirat Dr. Walz die Politik insofern in Schutz, als die Gesundheitsministerkonferenz der 16 Bundesländer am 5.6.2007 ein Papier vorgestellt hat. Dort steht drin: „Die Gesundheitsminister halten die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung für ein wichtiges gesundheitspolitisches Thema. Und sie beauftragen die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden, ein umfassendes Konzept für die nachhaltige Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung zu erarbeiten. Um die Primärversorgung bis 2020 zu gewährleisten, bedarf es weitreichender Maßnahmen zur Optimierung der hausärztlichen Versorgung.“ Die Arbeitsgemeinschaft hat nach Darlegung von Kreirat Dr. Walz pünktlich zum März 2008 ein Papier vorgestellt, in dem der heute vorgelegte Maßnahmenkatalog detailliert beschrieben ist. Damals schon sei gesagt worden, dass bis zum Jahr 2020 bundesweit 15.000 Hausärzte fehlen werden, weil es elf Jahre dauert, bis ein Hausarzt fertig sei.

Um das Problem in den Griff zu bekommen, muss nach Ansicht von Kreirat Dr. Walz an jeder medizinischen Fakultät ein Lehrstuhl für Allgemeinmedizin etabliert werden. Er kritisiert, dass Frau Dr. Jost erst im April 2015 auf den Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Universität Tübingen eingesetzt worden ist.

Des Weiteren sei bereits 2008 von der Arbeitsgemeinschaft der Landesgesundheitsbehörden gefordert worden, dass die Allgemeinmedizin als Pflichtfach in die Approbationsordnung für Ärzte während des praktischen Jahres aufgenommen werden muss. Heute habe er telefonisch vom Institut für Allgemeinmedizin an der Uni Tübingen erfahren, dass dieses Pflichtfach an der medizinischen Fakultät nicht vor dem Jahr 2017 eingeführt wird. Insofern stelle er sich die Frage, ob der Appell der SPD-Fraktion um einen Appell an die Universität Tübingen erweitert werden sollte, dass sie endlich die Blockadehaltung gegenüber der Allgemeinmedizin aufgibt und sie die Allgemeinmedizin als Pflichtfach während des praktischen Jahres mit aufnimmt.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Kreisrat Schwarz stimmt dieser Ergänzung zu. Er merkt an, dass in den vorhandenen Diakoniestationen bereits Gemeindeschwestern interkommunal eingesetzt werden. Er regt an, diese stärker einzubinden.

In Anlehnung an die Wortmeldung von Kreisrat Dr. Walz weist Kreisrat Dr. Prewo darauf hin, dass der Antrag seiner Fraktion nicht auf ein Gremium auf Bundesebene abzielt, sondern sich auf konkrete Maßnahmen des Landkreises Calw bezieht. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass der Landkreis keine Landärzte einstellen bzw. Landarztsitze schaffen kann. Die Sicherstellung sei nun mal gesetzlicher Auftrag der KV. Er fordere vom Landkreis, alle Akteure, einschließlich der KV, an einen Tisch zu bringen. Deshalb sei eine task force angeregt worden, um sich aktiv am Wettbewerb um die vorhandenen Hausärzte zu beteiligen.

Herr Dr. Wiehe betont, dass es die task force bereits gab und immer noch gibt und die KV mit Frau Dr. Lange daran beteiligt ist. Sie habe an diesem Papier mitgearbeitet.

Kreisrätin Esken stellt fest, dass die Politik in diesem Bereich zwar die Einrichtung eines Lehrstuhls empfehlen kann, die Universitäten aber unabhängig sind und selbst entscheiden, welche Lehrstühle sie einrichten wollen. Auch die Änderung der Approbationsordnung könne nicht die Politik beschließen. Deshalb sei es wichtig, bei den einzelnen Handlungsfeldern klar zu definieren, wer der jeweils Handelnde sein soll. Wichtig sei zu erkennen, dass sich die Lebensentwürfe der jungen Ärzte verändert haben und darauf entsprechend reagiert werden muss. Finanzielle Anreize spielen nach Ansicht von Kreisrätin Esken eine untergeordnete Rolle.

Die Zuweisung von Verantwortung ist nach Darlegung von Herrn Dr. Wiehe im Masterplan enthalten. So könne beispielsweise die Politik auf Bundesebene die Approbationsordnung ändern. Auch könne das Vergütungssystem oder die Anzahl der Studienplätze durch die Politik angepasst werden, jedoch nicht durch den Landkreis. Ein entscheidender Punkt sei die Veränderung des Berufsbildes. Die kommunalen MVZ's seien mit einem finanziellen Risiko der Kommunen verbunden. Junge Ärzte würden aber eine Festanstellung bevorzugen, weil sie häufig nicht mehr die rund um die Uhr erreichbar sein wollen. Eine Anstellung in einem MVZ komme den Lebensentwürfen junger Mediziner eher entgegen.

Kreisrätin Dr. Uppers berichtet, dass die Uni Heidelberg und die Uni Freiburg seit vielen Jahren Studenten als Praktikanten vermittelt. In Heidelberg gebe es beispielsweise einen Pool junger Ärzte, auf den die Hausärzte zurückgreifen können. Insofern müsse die Uni Tübingen tatsächlich verstärkt gepusht werden.

Eine weitere Aussprache schließt sich nicht an. Der Vorsitzende stellt den in Ziffer 1 erweiterten Beschlussantrag um die medizinische Fakultät Tübingen zur Abstimmung.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses am 07.12.2015 (Vorlage VWA X/44) beschließt der Kreistag:

1. Der Kreistag fordert die vorrangigen Verantwortungsträger in Bund, Land und bei der Kassenärztlichen Vereinigung sowie bei der medizinischen Fakultät der Universität Tübingen auf, zeitnah wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um eine flächendeckende hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum und insbesondere im Landkreis Calw auch für die Zukunft sicherzustellen.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

2. Als eigenen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderung beschließt der Kreistag den beigefügten Masterplan zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Landkreis Calw.
3. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, den Masterplan den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zuzuleiten und die Umsetzung des Masterplans in geeigneter Weise zu befördern und zügig voranzutreiben.

(42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

§ 6 ö

Projektstruktur Umsetzung Medizinkonzept 2020

Vorlage KT X/85

Ohne Sachvortrag und ohne Aussprache schließt sich der Kreistag dem Empfehlungsbeschluss des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses an:

1. Der Projektstruktur zur Umsetzung des Medizinkonzepts 2020 wird zugestimmt.
2. Der befristeten Schaffung von 3,0 Stellen ab dem 01.01.2017 im Eigenbetrieb „Immobilien Kreisrathäuser Calw und Nagold“ wird zugestimmt.
3. Der projektbegleitende Ausschuss wird wie folgt besetzt:

CDU-Fraktion:	Kreisrat Hauser, Kreisrat Fischer
FWV-Fraktion:	Kreisrat Eggert, Kreisrat Schuler
SPD-Fraktion:	Kreisrätin Uppers (Stv.: Kreisrat Klemm)
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Kreisrat Schwarz
FDP-Fraktion:	Kreisrat Braun

(41 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltungen)

§ 7 ö

Neubau Krankenhaus Calw: Städtebaulicher Ideenwettbewerb und Planerauswahlverfahren

Vorlage KT X/86

Ohne Sachvortrag und ohne Aussprache beschließt das Gremium:

Der Kreistag stimmt dem zweistufigen Verfahren mit einem städtebaulichen Ideenwettbewerb für den „Gesundheitscampus Calw“ und einem anschließenden Architektenauswahlverfahren für den Neubau des Krankenhauses Calw zu.

(39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)

§ 8 ö

Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Landkreises Calw Kernhaushalt und des Eigenbetriebs „Immobilien der Kreiskrankenhäuser Calw und Nagold“

Vorlage KT X/87

Ohne Sachvortrag und ohne Aussprache beschließt der Kreistag:

I. Das Ergebnis des Jahresabschlusses 2014 wird gemäß §§ 95, 95 b Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.V.m. § 48 Landkreisordnung festgestellt:

1.	In der Ergebnisrechnung mit	
	ordentlichen Erträgen von	150.435.106,76 EUR
	ordentlichen Aufwendungen von	147.196.498,99 EUR
	dem ordentlichen Ergebnis von	3.238.607,77 EUR
	außerordentlichen Erträgen von	989.654,36 EUR
	außerordentlichen Aufwendungen von	507.119,83 EUR
	dem Sonderergebnis von	482.534,53 EUR
	dem Gesamtergebnis der Ergebnisrechnung von	3.721.142,30 EUR
2.	In der Finanzrechnung mit:	
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	148.352.863,79 EUR
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	140.980.717,08 EUR
	dem Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts von	7.372.146,71 EUR
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	3.375.851,18 EUR
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	7.400.406,75 EUR
	dem Saldo aus Investitionstätigkeit von	-4.024.555,57 EUR
	dem Finanzierungsmittelüberschuss (aus Ergebnishaushalt und Investitionstätigkeit) von	3.347.591,14 EUR
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	2.000.000,00 EUR
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	2.467.324,42 EUR
	dem Saldo aus Finanzierungstätigkeit von	-467.324,42 EUR
	der Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres von	2.880.266,72 EUR
	haushaltsunwirksamen Einzahlungen von	102.006.199,95 EUR
	haushaltsunwirksamen Auszahlungen von	100.844.292,48 EUR
	dem Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen von	1.161.907,47 EUR
	dem Anfangsbestand an Zahlungsmitteln von	2.968.016,00 EUR
	dem Endbestand an Zahlungsmitteln	

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

(Liquide Mittel) von	7.010.190,19 EUR
3. In der Vermögensrechnung (Bilanz) mit: der Bilanzsumme in Aktiva und Passiva von	158.571.436,27 EUR
4. Stand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2014	10.803.222,91 EUR
5. Stand der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zum 31.12.2014	482.534,53 EUR

II. Eigenbetrieb Immobilien der Kreiskrankenhäuser Calw und Nagold

1. Nach Abschluss der örtlichen Prüfung (Eigenprüfung) wird der Jahresabschluss 2014 für den Eigenbetrieb Immobilien der Kreiskrankenhäuser Calw und Nagold in der aus der Anlage 1 Seite 209 bis 226 ersichtlichen Form festgestellt.
2. Der **Jahresfehlbetrag** in Höhe von 383.668,64 EUR wird durch Entnahme aus der Kapitalrücklage im Jahr 2015 ausgeglichen.
3. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskrankenhäuser Calw und Nagold wird nach § 16 Abs. 3 Nr. 3 Eigenbetriebsgesetz entlastet.

(42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

§ 9 ö

Kulturförderung 2016, Mittelgewährung gemäß Kulturförderrichtlinien

Vorlage KT X/88

Die Kreisräte Schuler, Eggert, Mack, Großmann und Bünger sind bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und nehmen im Bereich der Zuhörer Platz.

Landrat Riegger verweist auf die der Sitzungsvorlage beigefügten Tabelle, der entnommen werden könne, welche Institution in welcher Höhe eine Regelförderung im Rahmen der Kulturförderrichtlinien erhält.

In der sich anschließenden Aussprache erkundigt sich Kreisrat Fischer, welche Projekte über die institutionelle Förderung unterstützt werden. Herr Dr. Wiehe teilt mit, dass es sich dabei um jährlich wiederkehrende Zuschüsse wie z.B. für das Stadttheater Pforzheim oder das Schwarzwaldmusikfestival handelt.

Auf die Frage von Kreisrat Kömpf nach der Höhe des Förderbetrags für das Stadttheater Pforzheim antwortet Herr Dr. Wiehe, dass das Theater jährlich mit 2.300 Euro unterstützt wird. Nach Ansicht von Kreisrätin Dr. Uters sollte dieser Betrag hinterfragt werden. Herr Dr. Wiehe gibt zu bedenken, dass das Stadttheater Pforzheim ein gutes Kulturangebot für die gesamte Region Nordschwarzwald bietet. Kreisrat Schwarz ergänzt, dass auch regelmäßig Schulklassen aus dem Landkreis dort Theateraufführungen besuchen.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Kreisrat Kistner spricht sich gegen die Gewährung von Kleinbeträgen bei der Regelförderung aus und regt an, künftig nur noch Projekte ab einer Mindestfördersumme von 1.000 Euro zu fördern.

Eine weitere Aussprache schließt sich nicht an, so dass der Vorsitzende den Beschlussantrag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Mittel für die Kulturförderung 2016 gemäß der als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Tabelle zu gewähren.

(36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung)

§ 10 ö

Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Vorlage KT X/89

Der Vorsitzende verzichtet unter Verweis auf die Sitzungsvorlage auf einen Sachvortrag. Nachdem es aus der Mitte des Gremiums keine Wortmeldungen gibt, stellt Landrat Riegger den Beschlussantrag der Verwaltung zur Abstimmung.

Auf Empfehlung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Sitzungsvorlage beigefügte Änderungssatzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit.

(42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

§ 11 ö

Jugendamtssatzung

Vorlage KT X/90

Der Vorsitzende verzichtet unter Verweis auf die Sitzungsvorlage auf einen Sachvortrag. Nachdem es aus der Mitte des Gremiums keine Wortmeldungen gibt, stellt Landrat Riegger den Beschlussantrag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Sitzungsvorlage beigefügte Neufassung der Satzung über das Jugendamt des Landkreises Calw.

(42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

§ 12 ö

Verschiedenes

Kreisräte im Kinderportrait

Landrat Riegger verweist auf ein Schreiben der Jugendkunstschule, das auf den Plätzen der Kreisräte ausliegt. Darin nimmt die Jugendkunstschule Bezug auf den einstimmigen Beschluss des Bildungs- und Sozialausschusses vom 21.09.2015, mit dem dieser das Projekt „Kreisräte im Kinderportrait“ befürwortet hat. Der Vorsitzende bittet diejenigen Kreisräte, die sich am Projekt der jungen Künstler nicht beteiligen wollen, um eine entsprechende Rückmeldung an die Verwaltung.

Integrations-Workshop

Landrat Riegger gibt bekannt, dass der Landkreis am Freitag, 29. Januar 2016 einen Integrations-Workshop veranstaltet, zu dem auch die Kreisräte eingeladen sind. Die Einladungsflyer liegen auf den Plätzen der Kreisräte aus. Die Veranstaltung dient dazu, sich gemeinsam mit Experten über die langfristigen Folgen des Flüchtlingszustroms im Landkreis Calw auseinanderzusetzen.

Jahresabschlussrede Landrat Riegger

Landrat Riegger hält zum Abschluss des Sitzungsjahres 2015 folgende Rede:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, es sind fast genau 365 Tage her, da haben wir uns an dieser Stelle auch zur letzten Kreistagssitzung des Jahres getroffen, haben Bilanz gezogen und einen Ausblick gewagt. Gefühlt ist das Jahr 2015 wie im Zeitraffer vergangen. Die Welt scheint sich schneller denn je zu drehen, eine Krise löst die nächste ab, Herausforderungen wo immer man hinschaut. Und über allem schwebt das drängendste Problem dieses Jahres, dieses Jahrzehnts: Die Flüchtlingskrise.

Vor einem Jahr, habe ich Sie an dieser Stelle darauf vorbereitet, dass der Kreis zusätzliche Gemeinschaftsunterkünfte schaffen muss, weil wir monatlich bis zu 70 Asylbewerber aufnehmen sollten.

Mittlerweile werden uns vom Land bis zu 400 Flüchtlinge pro Monat zugewiesen, die wir unterbringen und versorgen müssen. Und wir alle wissen: Ein Ende ist nicht in Sicht.

Trotz aller Beratungen in Berlin und Brüssel, trotz aller Beteuerungen der politisch Handelnden und trotz der Tatsache, dass das Mittelmeer jetzt im Winter rauer wird und der Flüchtlingsstrom aus Afrika dadurch etwas nachlässt.

Damit kein Missverständnis aufkommt:

Der Landkreis Calw steht weiter zu seiner humanitären Verantwortung: Menschen in Not, Kriegsopfer, Heimatlose, sie gilt es zu versorgen und ihnen Sicherheit fernab des Bombenhagels in Syrien, dem Irak oder Afghanistan zu geben. Aber ich sage hier und heute auch ganz klar: Unsere Möglichkeiten sind endlich.

Wir haben in diesem Jahr Gemeinschaftsunterkünfte in Bad Liebenzell, Gechingen und Calw eröffnet. Dazu eine Kreiserstaufnahmeeinrichtung in Bad Wildbad, die im Januar ihren Betrieb aufnimmt. Und wir lehnen uns auch nächstes Jahr nicht zurück.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Dann kommen Gemeinschaftsunterkünfte in Wildberg, Altensteig, Dobel, Schömburg, Nagold und Calw hinzu. Insgesamt werden dadurch 1350 neue Plätze geschaffen. So werden dann Ende 2016 über 5000 Flüchtlinge im Landkreis leben – und das ohne die Nachzugsregelung.

Wir gehen die Herausforderungen aktiv an.

Deshalb werden wir Ende Januar einen Integrations-Workshop veranstalten. Es geht darum mit Experten über die langfristigen Folgen des Flüchtlingsstroms zu beraten, über Maßnahmen für den Arbeitsmarkt, für die Sozial- und Bildungseinrichtungen, über Schritte auf dem Wohnungsmarkt. Mir ist es wichtig, Ihnen und den Bürgern, von denen manche große Sorgen vor Überforderung und Überfremdung haben, deutlich zu machen, dass wir niemanden allein lassen mit diesem Thema.

Meine Damen und Herren,

wir beschäftigen uns im Landkreis Calw nicht nur mit dem Flüchtlingszustrom. Auch die Zukunft der Kreiskliniken und die Hermann-Hesse-Bahn haben für uns ähnliche Dimensionen, wenn auch auf andere Art.

In das Jahr 2015 sind wir mit einer Informationsoffensive in Sachen **Kreiskliniken** und **Hermann-Hesse-Bahn** gestartet: In Althengstett, Ostelsheim und Calw-Stammheim haben wir die Bürgerinnen und Bürger über das für den Landkreis wichtigste Infrastrukturprojekt – die HHB – umfänglich informiert. Wenige Monate zuvor hat uns Verkehrsminister Hermann die nötigen Fördermittel für das Bahnprojekt in Aussicht gestellt.

Inzwischen hat sich vieles getan: Wir haben uns mit dem Verband der Region Stuttgart auf ein Stufenkonzept zur Umsetzung geeinigt:

Die 1. Stufe sieht die Reaktivierung des Schienenverkehrs im Dieselbetrieb bis Renningen vor, als 2. Stufe soll die Hesse-Bahn spätestens in zehn Jahren auf umweltfreundliche Brennstoffzellenfahrzeuge umgestellt oder alternativ die S-Bahn-Linie 6 bis Calw verlängert werden. Das ist ein Meilenstein. Wir fahren verschiedene Gleise, um das Thema voranzubringen.

Wer hätte das noch vor Jahren oder Monaten gedacht!

Damit keine Zweifel aufkommen: Wir lassen uns auch von gelegentlichen Störmanövern von Städten aus dem Nachbarkreis nicht mehr von unserem Kurs abbringen. Insofern darf die Tatsache, dass neulich auf der Strecke zwischen Weil der Stadt und Renningen schon mal einer unserer Züge unterwegs war, als richtiges Signal gewertet werden. Sie können sicher sein: Wir bleiben dran und geben weiter Gas. 2016 werden wir endlich gemeinsam mit den Anliegerkommunen den Zweckverband zur Finanzierung des Schienenprojekts gründen. Unser Ziel ist es, dass im Dezember 2018 der erste Zug von Calw nach Renningen fährt.

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

dieses Prinzip des Nicht-Nachlassens oder mutig die Zukunft planen gilt auch für das andere Großprojekt, das uns in diesem Jahr in vielen Sitzungen beschäftigt hat und auch 2016 für Arbeit sorgen wird: Die Zukunft unserer Kreiskliniken.

Ich will nur daran erinnern, auf welch großes öffentliches Interesse die Sanierung des Krankenhauses in Nagold und der Neubau einer Klinik in Calw gestoßen sind.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Das Szenario 3plus, das auch die Ansiedlung eines Gesundheitscampus vorsieht, werden wir weiter mit aller Konsequenz verfolgen, nachdem der Kreistag im Juli grünes Licht für das Medizinkonzept 2020 gegeben hat.

Ich könnte Ihnen an dieser Stelle jetzt noch viele andere Themen aufzählen, mit denen wir uns in diesem Jahr auseinandersetzen mussten:

- So hat das Kartellrechtsverfahren zur Forststruktur in B.-W. Auswirkungen auf den Holzverkauf durch das Landratsamt, dessen Organisation daraufhin verändert worden ist.
- Oder die noch anhängige Musterklage des Verbandes der Privatkliniken gegen den Landkreis. Ich rechne jedoch fest damit, dass der BGH im März unsere Haltung bestätigen wird.
- Oder nehmen Sie den Straßenentwicklungsplan, den der Kreistag im Juli verabschiedet hat. Mit der Definition von Entwicklungsachsen und der Kategorisierung unseres Straßennetzes beschreiten wir neue Wege.

Wir alle wissen: Mobilität in jeder Form - ob nun Auto, Rad, Bus oder Bahn – wird in Zukunft gerade für unseren ländlichen Raum zu einem entscheidenden Standortfaktor, wenn es darum geht, dass sich Firmen ansiedeln.

Wir haben in Verkehrsminister Hermann einen Partner, der für Ideen aufgeschlossen ist und erst dieser Tage laut darüber nachgedacht hat, dass der Nordschwarzwald zu einem Modellprojekt für die vernetzte Mobilität der Zukunft werden könnte.

Nicht auszuschließen also, dass wir in Zukunft einen Rufbus per WhatsApp bestellen, an den Haltestellen der Hesse-Bahn spezielle Parkplätze für E-Bikes entstehen und wir immer öfter Bürgerbusse einsetzen, damit in Zeiten des demografischen Wandels niemand auf der Strecke bleibt.

Auch wenn es für das Innovationsprojekt „Centro“ vorerst nicht gut aussieht, ist uns allen bewusst, dass der ländliche Raum bedarfsgerechte Verkehre braucht. Mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans werden wir uns der Sache annehmen.

Zu den wichtigen Projekten im nächsten Jahr gehört zweifelsfrei der Breitbandausbau. Die Förderzusage des Landes zur Übernahme von 90 Prozent der Planungskosten liegt vor. Ich selbst war vergangene Woche zu einem Gespräch in Berlin bei Verkehrsminister Dobrindt; er hat mir einen Förderbescheid für die Beratungskosten der Breitbandplanung in Höhe von 50.000 Euro ausgehändigt. Wir werden Bundes- und Landesmittel kombinieren um mit dem Ausbau sofort zu beginnen! Mein Credo in diesem Bereich lautet: Gerade der ländliche Raum darf den Anschluss an die Datenautobahn nicht verlieren, weil auch diese virtuelle Schnellstraße ein wichtiger Standortfaktor ist. Wir haben mit der Sparkassen IT einen hervorragenden Partner gefunden, der im Landkreis bereits über ein 180 Kilometer langes Glasfasernetz verfügt, sodass kreisweit nur noch 90 Kilometer neu verlegt werden müssen.

Parallel fordere ich die Städte und Gemeinden des Landkreises auf - gerne auch in Kooperation mit dem Landkreis – ihr innerörtliches Netz zu planen. Nur so ist für die Zukunft gewährleistet, dass kein Unternehmen dem Landkreis den Rücken kehrt, weil vor Ort kein schnelles Internet zur Verfügung steht, was mittlerweile in meinen Augen zur Daseinsvorsorge gehört. In diesem Sinne: Auf ein schnelles digitales Jahr 2016.

Protokoll der 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, dass wir trotz aller Verpflichtungen und Mühen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom andere wichtige Kreisthemen nicht liegen lassen, sondern mindestens so engagiert angehen. Ich danke in diesem Zusammenhang allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren Einsatz. Viele haben sich auch in diesem Jahr weit über die regulären Arbeitszeiten hinaus zum Wohl des Landkreises eingebracht.

Schon jetzt zeigt sich, dass die Umstrukturierung in der Verwaltung richtig war. Wir mussten die vielen wichtigen Zukunftsthemen auf mehreren Schultern verteilen.

Ich danke auch Ihnen, liebe Kreistagsmitglieder, für engagierte Diskussionen in den Sitzungen unserer Gremien, für konstruktive Kritik, für Ihre Ideen, für Ihre Mitarbeit!

Man soll in diesen Tagen mit dem Satz „Wir schaffen das“ vorsichtig umgehen, weil er nicht überall auf Zustimmung stößt. Aber ich bin überzeugt, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben im neuen Jahr meistern werden. Wir müssen an unsere Stärken glauben, uns Ziele vornehmen, gemeinsam die nötigen Weichen für die Zukunft stellen.

Frei nach dem früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, der gesagt hat:

„Visionen sind Strategien des Handelns. Das unterscheidet sie von Utopien. Zur Vision gehören Mut, Kraft und die Bereitschaft, sie zu verwirklichen.“

Das soll das Signal sein für das kommende Jahr: Mut zur Entscheidung, Mut zur positiven Weiterentwicklung des Landkreises und auch die Bereitschaft, die bisher getroffenen Beschlüsse mit Tatkraft umzusetzen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien frohe Weihnachten, alles Gute, Gesundheit und Erfolg in 2016. Wir schaffen das!“

Im Anschluss an die Rede von Landrat Riegger bedankt sich Kreisrat Großmann im Namen des Kreistags für das konstruktive Miteinander zwischen Kreistag und Verwaltung im zu Ende gehenden Jahr 2015. Den Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden habe entnommen werden können, dass die Fraktionen in ihren Grundüberzeugungen übereinstimmen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen habe im vergangenen Jahr immer ein Grundkonsens hergestellt werden können. Kreisrat Großmann stellt fest, dass der Vorsitzende die Zukunftsthemen mit Erfolg vorantreibt und er sich über Gebühr für das Wohl des Landkreises engagiert. Er bedankt sich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamts und attestiert dem Landrat eine kommunalfreundliche Verwaltung. Er wünscht allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2016.

Die Niederschrift über die 07. Sitzung des Kreistags am 21.12.2015 wurde vom Vorsitzenden Landrat Helmut Riegger und der Schriftführerin Claudia Krause am 18.01.2016 unterzeichnet.

Gefertigt:

Calw, den 18.01.2016

Claudia Krause